

Klimaschutz in kleinen Kommunen: Zusatzmaterial

Summary-Tabellen der Analysekategorien „Hürden“ und „Erfolgsfaktoren“

Die folgenden Summary-Tabellen des Forschungsprojektes KikK wurden als Zwischenschritt der qualitativen Inhaltsanalyse erstellt. Die Summaries fassen zusammen, was eine interviewte Person zu einem Thema bzw. einer Subkategorie sagt, über das sie im Interviewverlauf ggf. mehrmals spricht. Hat eine Person zu einem Thema über das gesamte Interview hinweg nichts gesagt, taucht sie nicht in der Summary-Tabelle auf. Jedes Tabellenfeld summiert die Antworten einer Interviewperson. Enthält ein Tabellenfeld drei Stichpunkte, hat dieselbe Interviewperson mehrere Aussagen zu einer Subkategorie getroffen. Kuckartz schlägt Summaries im Rahmen der inhaltlich strukturierenden qualitative Inhaltsanalyse als additiven Schritt zwischen Datenkodierung und darauffolgender Analyse der kodierten Segmente vor (ebd., 2018, S. 111 ff.). Für das Forschungsprojekt KikK wurden Summaries für alle Subkategorien der Hauptkategorien „Hürden“ und „Erfolgsfaktoren“ erstellt. Die Tabellen enthalten die themenspezifischen Aussagen der Gesprächspartner:innen in verdichteter, stichpunktartiger Form.

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Rechtlicher Rahmen.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 1: Rechtlicher Rahmen

- Klimaschutz ist keine kommunale Pflichtaufgabe; daher ist intrinsische Motivation in Verwaltung und Politik notwendig.
- Kommunen haben wenig Einfluss auf die politischen Rahmenbedingungen der Haushalte und Gewerbetreibenden.
- Vorhandene Klimaschutz-Hebel (z. B. Bebauungspläne) werden durch die Gesetzgebung der Länder beschnitten, häufig unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus (z. B. Modernisierungsgesetze in Bayern).
- Unklare Zuständigkeiten, z. B. in den Bereichen Mobilität und Straßenbau.
- Unsicherheit durch sich ändernde Förderbedingungen und Klimaschutz-Regularien.
- Fehlende Entscheidungskompetenz auf lokaler Ebene sorgt für Umsetzungsschwierigkeiten.
- Fehlende Eigennutzungsmöglichkeit selbst produzierten Stroms mindert die Akzeptanz für erneuerbare Energien.
- Praktische Umsetzungsprobleme und Zielkonflikte mit anderen Bereichen; „Bürokratie der Verkehrsplanung“.
- Es kann kein Klimaschutz-Beauftragter beantragt werden, weil es sich um eine amtsangehörige Gemeinde handelt; das zuständige Amt ist zwar verantwortlich, scheitert jedoch häufig an „formalen Aspekten“.
- In Vogelschutzgebieten dürfen keine Windräder aufgestellt werden.
- Rechtliche Bevorzugung größerer Gemeinden; fehlende Flächen bei Gewerbeansiedlungen sind ein Problem für Finanzen und Klimaschutz kleiner Gemeinden.
- Kritik an der Bundesnetzagentur: Kommunen können eigenen Strom nicht im eigenen Netz verwenden, sondern werden wie große Energieunternehmen behandelt und müssen gleiche Netzentgelte zahlen, sodass der Strompreis hoch bleibt und Kommunen sich nicht selbst versorgen können.
- Strenge Auflagen im Denkmalschutz und im Baugesetzbuch.
- Vorschriften für Kommunen spiegeln die lokale Realität nicht wider.
- Wirtschaftlich lukrative landwirtschaftliche Böden verhindern Klimaschutzmaßnahmen auf Flächen.
- Der Ordnungsrahmen des Klimaschutzgesetzes und der Finanzhaushalt passen nicht zusammen.
- Mehr Pflichtaufgaben für Kommunen ohne finanzielle Entlastung führen zu weniger Spielräumen.
- Zu starke Vorgaben zur Dokumentation und Verwaltung.
- Rechtlicher Rahmen schränkt eher ein, als dass er schützt/unterstützt und verursacht ein hohes Maß an Bürokratie.
- Hohe Kosten, Überlastung des Personals, Verzögerungen, Komplexität.
- Der rechtliche Rahmen bringt belastende Bürokratie mit sich.
- Niedrige Zuschussquoten lohnen sich nicht; das Problem liegt in der Finanzierung des Großteils der Kosten.

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Landes- & Bundespolitik.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 2: Landes- & Bundespolitik

- Die Mobilitätswende (z. B. Carsharing) wird durch den Landrat nicht unterstützt.
- Fehlende Zusammenarbeit bzw. abgestimmtes Denken auf Kreisebene; der Fokus bleibt dorfbezogen.
- Kommunen haben wenig Einfluss auf die politischen Rahmenbedingungen der Haushalte und Gewerbetreibenden.
- Vorhandene Klimaschutz-Hebel (z. B. Bebauungspläne) werden durch die Gesetzgebung des Landes (z. B. Bayern) beschnitten, häufig unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus (z. B. Modernisierungsgesetze in Bayern).
- Die Landesgesetzgebung erschwert Klimaanpassungsmaßnahmen.
- Sorge vor schlechteren Rahmenbedingungen für kommunalen Klimaschutz durch Änderungen der schwarz-roten Bundesregierung.
- Anti-Windkraft-Haltung von Ministerpräsident:innen.
- Geringe Relevanz von Klimaschutz in der schwarz-roten Bundesregierung.
- Haushaltsverzögerungen des Landes.
- Die Bundespolitik muss die Gesetzgebung ändern, damit der Strompreis lokal vergünstigt wird, wo er produziert wird.
- Der Gesetzgeber erlässt Vorschriften, die in kleinen Kommunen zusätzliche Aufgaben ohne zusätzliche Finanzmittel bedeuten; für kleinere Kommunen ist dies besonders problematisch, da weniger Personal und Finanzmittel für die gleiche Aufgabenbreite zur Verfügung stehen.
- Zuständige Ministerien sind unterbesetzt; Prozesse dauern sehr lange und verzögern die Umsetzung von Maßnahmen.
- Naturschutz und Erneuerbare Energien werden in zwei unterschiedlichen Ministerien behandelt; diese sollten sich besser abstimmen, um Bürokratieaufwand zu reduzieren.
- Viele Einzelschriften sollten besser harmonisiert werden, um kleinen Kommunen Aufwand zu ersparen.
- Regierungswechsel und parteipolitische Einschnitte.
- Verzögerungen bei der Antragsstellung (z. B. Sammelanträge für Wärmeplanung): Währenddessen ändert sich die Gesetzeslage auf Landes- oder Bundesebene; Regierungswechsel sind möglich, Konditionen ändern sich, was die Antragsstellung erschwert und zu weiteren Verzögerungen führt.
- Die Landesebene ist nur hinsichtlich Gesetzgebung und Förderprogrammen relevant, wird aber als nicht entscheidend eingestuft.
- Länder und Kommunen gewähren Kommunen zu wenig Mitsprache für Klimaschutz.
- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Klimaschutz sind unklar und unstetig.
- Langwierige Genehmigungsprozesse der Landesbehörden für Klimaanpassungsmaßnahmen (z. B. Starkregenvorsorge), trotz akuter Gefährdung der Bevölkerung.
- Die Verantwortung für Brandschutz liegt bei den Kommunen, doch Klimaanpassung in Wäldern ist nicht möglich, wenn Privatpersonen als Waldbesitzer:innen sich verweigern.
- Mangelnde Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder.
- Die Umsetzung bzw. Anpassung von Vorgaben für Kommunen dauert zu lange; z. B. bei der Wärmeplanung: Trotz Verpflichtung der Kommunen durch den Bund fehlt die Planungsverordnung des Landes.
- Klare und langfristig gültige Richtlinien für Kommunen fehlen bzw. werden wieder aufgeweicht; fehlende Planungssicherheit.
- Verschiedene Förderprogramme von EU, Bund, Ländern, Landkreisen, Vereinen und Stiftungen führen zu Überforderung; es fehlt eine allgemeine Datenbank.
- Probleme „von oben“ werden an Kommunen weitergereicht, die Fehlentscheidungen durch Sparmaßnahmen ausbaden müssen und dadurch in ihrem Handeln blockiert werden.
- Kommunen müssen auch Landkreise finanzieren, weil diese keine Gelder von Bund oder Land erhalten.
- Fehlende Standardisierung bei Angeboten von Land und Bund.
- Klimaschutz wird als freiwillige Aufgabe behandelt.
- Förderung privater PV-Anlagen durch den Bund ist nicht mehr vorhanden.
- Die Bundespolitik verunsichert Klimaschutz-Personal und Bürger:innen in Bezug auf Finanzierung und Planungssicherheit von Klimaschutzmaßnahmen.
- Kommunen müssen in Vorkasse gehen, wenn Fördertöpfe des Landes leer sind; viele können sich dies nicht leisten.
- Politische Willkür als Hürde.

-
- Bundespolitik: Förderprogramme für Erneuerbare Energien sind vorhanden, doch die Förderung des Netzausbaus fehlt.
 - Politische Ziele können durch komplexe Förderrichtlinien praktisch nicht erreicht werden.
 - Kein Austausch mit Kommunen bei politischen Entscheidungen zu Klimaschutz.
 - Fehlende moralische Konsistenz: Zunächst Kritik (Maßnahmen seien zu teuer), später bei Erfolg jedoch Jubel.
 - Fehlende Zusammenarbeit mit Kommunen im Bereich Klimaschutz.
 - Hohe Ansprüche an Kommunen bei geringen Ressourcen (viel Bürokratie, hohe Kosten).
 - Fehlende Unterstützung durch Landes- und Bundespolitik.
 - Zu große Themenisolierung im Klimaschutz.
-
- Bürokratie: Ministerien des Landes arbeiten effizienter und schneller als die des Bundes.
 - Die Arbeit mit Bundesministerien ist besonders schwer durch fehlende Ansprechpartner:innen und Effizienz.
 - Leerer Haushalt des Landes behindert Kommunen.
 - Die ersten beiden Förderjahre der Klimaschutzmanager:innen sind nur für Konzepte, nicht für produktive Projekte vorgesehen.
 - Bürokratie, Konzepterstellung und Befristung der Klimaschutz-Stelle behindern die Umsetzung, statt zu unterstützen.
-

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Bürokratie.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 3: Bürokratie

-
- Zu großer Planungs- und Nachweisaufwand bei geförderten Projekten führt zu deutlichen Mehrkosten und Zeitverzögerungen im Vergleich zur Durchführung ohne Fördermittel, aber mit Haushaltsgeldern.
 - Mehrmalige Prüfung von Rechnungen wird als gezielte „Gängelei“ empfunden.
-
- Lange Wartezeiten auf Förderzusagen von bis zu 18 Monaten (z. B. Klimaanpassungskonzept).
 - Lange Planungs- und Genehmigungszeiten (z. B. fünf Jahre für sechs Windkraftanlagen).
 - Zeitlicher Aufwand für Ziel- und Strategieformulierungen bei der Beantragung von Fördermitteln, insbesondere für kleine Kommunen ohne fachlich qualifiziertes Personal im Bereich Klimaschutz.
-
- Langwierige Prozesse in der öffentlichen Verwaltung.
 - Regularien für öffentliche Ausschreibungen gehen zu stark nach Kosten und zu wenig nach fachlicher Kompetenz und örtlicher Passung; teure Standardantworten sind das Ergebnis.
 - Vergabeverfahren kommunaler Ausschreibungen sind sehr bürokratisch und zu umfangreich.
 - Das föderale System und die geringe Entscheidungsgewalt in Kommunen führen zu hohem Verwaltungsaufwand, da immer alle Ebenen (Kommune, Kreis, Land, Bund) mitreden.
 - Durch mangelnde Grundfinanzierung für Pflichtaufgaben entsteht Antragsbürokratie.
 - Einzelvorschriften aus unterschiedlichen Themenfeldern erhöhen den Bürokratieaufwand besonders für kleine Kommunen.
 - Bürokratieaufwand, sehr zeitintensive Vorbereitung; Verzögerungen erschweren das Einhalten von Fristen (z. B. bei Antragsstellung).
 - Die Verpflichtung der Kommunen zur Nutzung bzw. Sichtung von Fördermitteln ist mit hohem Zeitaufwand verbunden.
 - Die Sichtung und Auswahl aller verfügbaren Förderungen ist komplex.
 - Zu geringe Fördersätze bei hohem Beantragungsaufwand sind nicht attraktiv (sinnvoll ab 65 % Förderung).
 - Zu viel Bürokratie, z. B. Notwendigkeit teurer Gutachten zu Klimaanpassung, trotz drohender Starkregenereignisse.
 - Bürokratie und zu viele Vorgaben erschweren Klimaanpassungsmaßnahmen trotz akuter Gefährdung der Bevölkerung (z. B. Auflagen für Schlauchbootfahrer und Schlauchboothalle für die freiwillige Feuerwehr).
 - Denkmalschutzvorgaben behindern den Ausbau von Photovoltaik.
 - Zu viele Einschnitte in die kommunale Selbstverwaltung.
 - Kommunen werden mit zusätzlichen Aufgaben belastet, erhalten jedoch keine entsprechende Mehrfinanzierung.
 - Finanzierung erfolgt über Fördertöpfe anstelle von Haushaltsmitteln („Wir wissen am besten, wofür wir das Geld brauchen“).
-
- Das Vergaberecht stellt eine Hürde bei großen Projekten dar.
 - Bürokratische Auflagen erschweren die Beantragung.
 - Fördermittel fließen teilweise an verpflichtende Projektpartner:innen ab.
 - Rückmeldungen zu Förderbescheiden dauern zu lange, behindern die Arbeit, treiben Preise hoch und erzeugen Unsicherheiten und Handlungsunfähigkeit; Bearbeitende lehnen Nachfragen ab.
 - Unübersichtliche Fördersituation durch fehlende standardisierte Datenbank.
 - Fehlende Digitalisierung.
 - Jährliche Neubeantragung ist notwendig, obwohl alle Informationen gleichbleiben.
 - Die Beantragung von Fördermitteln ist sehr kompliziert und zeitaufwendig.
-

- Bürokratie im Zusammenhang mit Maßnahmenkatalogen und Klimakonzepten ist zu teuer.
- Das Erstellen von Konzepten ist zu teuer (Bindung von Personal, Zeit und Dienstleistenden), dauert zu lange und hilft nicht weiter.
- Der Zwang zum Outsourcing führt zu finanziellem Missbrauch durch Dienstleistende (z. B. Planungsbüros).
- Die Antragsstellung ist zu aufwendig und für kleine Kommunen nicht zu bewältigen.
- Langjährige Bearbeitungsprozesse.
- Wiederholte Anträge durch Sachbearbeitungswechsel.
- Hohes Bürokratieniveau.
- Verlust des eigenen Anspruchs auf Förderung bei interkommunalen Klimakonzepten.
- Zu kleine Förderungsquoten und zu lange Bearbeitungszeiten.
- Bürokratie als allgemeine Hürde, auch in der Verwaltungsarbeit.
- Die ersten beiden Förderjahre für Klimaschutzmitarbeiter:innen sind nur für Konzepterstellung, nicht für Umsetzung vorgesehen.
- Der Fokus der Förderanträge liegt auf Konzepten statt auf praktischen Umweltprojekten.

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Kommunale Verwaltung.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 4: Kommunale Verwaltung

- Organisation der kommunalen Verwaltung in Säulen; keine Projektstrukturen für Querschnittsaufgaben wie Klimaschutz oder Digitalisierung etabliert.
- Die Durchführung von Projektarbeiten ist in Kommunen strukturell schwierig.
- Fehlende Absprache zwischen den verschiedenen Abteilungen; die Arbeit erfolgt weitgehend unkoordiniert nebeneinander.
- In kleinen Kommunen existieren für bestimmte Themen wie den Klimaschutz keine eigenständigen Abteilungen; Klimaschutz wird als Zusatzaufgabe von mehreren bereits ausgelasteten Mitarbeiter:innen übernommen, anstatt einer zentralen Fachkraft zugewiesen zu werden.
- Dienst nach Vorschrift bzw. fehlende Motivation und Proaktivität.
- Langwierige und kleinteilige Arbeitsprozesse in der kommunalen Verwaltung führen dazu, dass das übergeordnete Ziel Klimaschutz mitunter aus dem Blick gerät.
- Die Beziehung zwischen Verwaltung und Kommunalpolitik ist grundsätzlich unproblematisch; beide Seiten gestalten und verhandeln gemeinsam; Hemmnisse entstehen durch zunehmende Spannungen mit bestimmten Fraktionen.
- Zu langwierige Prozesse in den Verwaltungsstrukturen des öffentlichen Dienstes.
- Zu viele Gutachten erforderlich (z. B. für Windkraft und PV-Anlagen).
- Widerstand gegen Anfangsinvestitionen sowohl seitens kommunaler Aufsichtsbehörden als auch im Kreistag, bei Projekten, die langfristig Kosten senken.
- Aufsichtsbehörden, die nicht den Status quo hinterfragen (z. B. Warum haben Sie dort keine PV-Anlage?), sondern bei Veränderungen einschreiten und Projekte – teils aufgrund von Missverständnissen – blockieren.
- Langwierige Entscheidungsprozesse.
- Dienst nach Vorschrift ohne zusätzliches Engagement.
- Mitarbeiter:innen in der Kommunalverwaltung sind häufig nicht für Klimaschutzaufgaben qualifiziert; die vergleichsweise hohe Vergütung von Klimaschutzmanager:innen kann die Gehalts- und Verantwortungsstruktur innerhalb der Kommune gefährden.
- Die Kommunalverwaltung ist in ihrem Handeln durch umfangreiche Bürokratie und Förderauflagen eingeschränkt – eine Form der Fremdsteuerung, obwohl die Akteure vor Ort die lokalen Gegebenheiten besser kennen.
- Grundsätzlich politischer Gegenwind aus anderen Parteien.
- Politik kann mit Verwaltung nicht mithalten / Politik als Hürde für Verwaltung.
- Erfahrung aus anderen Kommunen: Verwaltung und Bürgermeister:in als zentrale Gegenpole.
- Bewusstsein für Empfindlichkeit des Themas im Kontext der politischen Meinung der Bürger:innen.
- Verweigerung von Initiative und personellem Ressourceneinsatz für Klimaschutz innerhalb der Verwaltung.
- Widerstand auch in den Fachämtern.
- Allgemeine Hemmnisse durch Verwaltungsprozesse.
- Hoher bürokratischer Arbeitsaufwand in der gesamten Verwaltung für kleine Anträge oder Änderungen in Klimaaktionsplänen.
- Fehlende Vergebungskultur für (einfache) Fehler.
- Beharrendes Mindset und fehlende Proaktivität unter Mitarbeiter:innen der kommunalen Verwaltung.
- Unstrukturiertes Vorgehen und fehlendes Gesamtkonzept im Bereich Klimaschutz.

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Mangelndes Interesse.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 5: Mangelndes Interesse

- Politisch überwiegend rechts-konservative Grundhaltung der Bürger:innen.
- Die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen wird von den Bürger:innen nicht wahrgenommen.
- Mangelndes Interesse der Mehrheit der Bürger:innenschaft an Klimaschutz bei öffentlichen Veranstaltungen; es erscheinen stets dieselben Personen.
- Geringe Beteiligung von Bürger:innen bei angebotenen Partizipationsformaten.
- An Veranstaltungen nehmen primär Personen mit bereits bestehendem Interesse an Klimaschutz teil.
- Das Thema Klimaschutz sichtbar zu machen und Interesse zu wecken ist eine Herausforderung, da Bürger:innen nur begrenzt Zeit haben (z. B. beim Thema Wärmeplanung).
- Im Rat gibt es mitunter auch wenig Resonanz, was auf mangelndes Interesse zurückzuführen sein könnte.
- Der Klimawandel ist für viele Menschen nicht oder kaum direkt erfahrbar; entsprechend schwierig ist es, sie zur aktiven Gegenwehr zu motivieren.
- Manche Themen, darunter auch Biodiversität, erfordern ein breites gesellschaftliches Engagement; es mangelt jedoch an Interesse, und die Bereitschaft zur Verhaltensänderung ist gering.
- Klimawandelfolgen und -betroffenheit sind im alltäglichen Bewusstsein nicht verankert; andere Aufgabenbereiche (z. B. Versorgungsleistungen) werden priorisiert.
- Interesse und Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen brauchen Zeit; Wissen allein führt nicht zum Handeln; erst wenn Folgen spürbar werden, wird über Anpassungsmaßnahmen gesprochen.
- Die Erwärmung der Meere ist in Schleswig-Holstein bereits ein konkretes Thema und hat den Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben.
- Klimaschutz hat bei Personen, die viel bewirken können, keine hohe Priorität; wer Veränderungen anstoßen möchte, benötigt entsprechende Strahlkraft und Autorität.
- Geringer Druck aus der Bevölkerung, Klimaschutzaspekte bei Infrastrukturprojekten mitzudenken.
- Fehlendes Interesse von Bürger:innen an Beteiligungs- und Informationsformaten.
- Gleichgültigkeit in der Kommunalpolitik gegenüber Klimaschutz.
- Unkenntnis in Verwaltung und Politik über Aufgaben und Notwendigkeit des vorhandenen Klimaschutzpersonals.
- Kein Interesse an Klimaschutz; Verweigerung von Investitionen in erste Maßnahmen.
- Mangelndes Interesse aus dem Bürger:innentum, trotz bestehender Angebote.
- Privates Interesse und Polarität innerhalb des Kommunenlebens.
- Fehlendes Engagement von Bürger:innen zur Gründung von Klimaschutz-Initiativen und zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Mangelnde Akzeptanz.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 6: Mangelnde Akzeptanz

- Fehlende Bereitschaft in Kommune und Landkreis, eine Förderung für Klimaschutzpersonal zu beantragen.
- Die landschaftliche Attraktivität der Kommune vermittelt bei den Bürger:innen das Gefühl, kein Bedarf für Klimaschutz zu bestehen.
- Sorge unter Bürger:innen, dass Windkraftanlagen negative Auswirkungen auf den Tourismus haben.
- Geringe politische Akzeptanz (insbesondere seitens der CSU) bei Bezeichnung einer Maßnahme als Klimaschutz.
- Kommunale Regularien zur Verdichtung von Wohnraum in Baulücken stoßen auf Gegenwehr seitens der Bürger:innen.
- Die Verantwortung für fehlendes Bauland und die Abwanderung junger Familien wird der Politik zugeschrieben, obwohl auch fehlendes Engagement und mangelnde Veränderungsbereitschaft der Bürger:innen eine Rolle spielen.
- Widerstände bei Klimaschutz-Informationsveranstaltungen.
- Das veränderte Landschaftsbild durch viele Windenergieanlagen führt zu sinkender Akzeptanz, verstärkt durch weiterhin hohe Strompreise.
- Es gibt Widerstand aus der Bevölkerung gegen manche Maßnahmen. Während einzelne Bürger:innen Maßnahmen akzeptieren oder sogar mitgestalten (Gestaltung von Pflanzkübeln o. ä.), ist bekannt, dass es andere gibt, die bei derselben Maßnahme Sturm laufen.
- Wie so oft ist Windkraft ein Thema, das Akzeptanzprobleme erzeugt. Insbesondere, wenn es in der Nähe des eigenen Hauses oder Grundstücks steht. Ebenso scheint Windkraft im Wald ein Thema zu sein, das Widerstand in der Bevölkerung hervorruft. Manchmal sind diese Kontroversen für die interviewte Person nachvollziehbar, obwohl sie selbst pro Windkraft und Klimaschutz eingestellt ist.

-
- Bei Akzeptanzproblemen scheinen Bürgermeister:innen und die Umweltbeauftragten eine wichtige Vermittlungsrolle einzunehmen. Der Erfolg von Klimaschutz hängt also auch von der Moderation der Verantwortlichen ab und davon, ob diese eine gute Zusammenarbeit pflegen, denn "ich stehe halt zwischen den Stühlen", sagt die interviewte Person.
 - Der Wille der Bürger:innen ist ebenso entscheidend wie der Wille der Verwaltung - beides zentral für den Erfolg von Klimaschutz.
-
- Mangelnde Akzeptanz bei einem PV-Projekt, das letztlich scheiterte; Widerstand aus der Bevölkerung ("Warum immer wir?"); Streit zwischen Orts- und Gemeinderat und Bürgerenergiegenossenschaft; es gibt aber auch Positivbeispiele mit PV
 - Ablehnende Bürger:innen artikulieren ihre Position über den Ortsrat; der Gemeinderat besitzt die Entscheidungsbefugnis und ist bestrebt, den Konflikt nicht zu eskalieren.
 - Im Fall der Bürgerenergiegenossenschaft wurden zu viele Nachforderungen gestellt und Verfahren unnötig verzögert; die Debatte wurde für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert; eine frühzeitige sachliche Ablehnung wäre zielführender gewesen.
-
- Wenn Maßnahmen private Lebensbereiche berühren und mit Verordnungen verbunden sind (z. B. Steingärten), entstehen Akzeptanzprobleme – sofern kein eigener finanzieller Vorteil entsteht.
 - Die Gemeinde als ausführende Ebene des Kreises spürt Akzeptanzprobleme durch den engen Kontakt zur Bevölkerung unmittelbar.
 - Konservative Ortsvertretende lassen sich nicht von der Unzulänglichkeit bisheriger Bemühungen überzeugen.
 - Akzeptanzprobleme entstehen vor allem dort, wo eingespielte Gewohnheiten in Frage gestellt werden (z. B. Pkw-Nutzung); Bewährtes wird als zukunftstauglich betrachtet.
-
- Aushandlungsprozesse und Kompromissfindung zwischen Natur- und Klimaschutz erhöhen die Akzeptanz gegenüber Maßnahmen.
 - Vorbehalte gegenüber der Partei Die Grünen sind weit verbreitet.
 - Das Argument der Daseinsvorsorge findet kaum noch Resonanz.
 - Es ist fraglich, ob selbst für gemeinsam erarbeitete Konzepte ausreichend Akzeptanz vorhanden ist.
-
- Hohe Energiepreise und Unsicherheiten über die Zukunft der Wärmeversorgung (durch das GEG und den Krieg in der Ukraine) führen zu mangelnder Akzeptanz.
 - Das veränderte Landschaftsbild durch viele Windenergieanlagen führt zu sinkender Akzeptanz.
 - Abnehmendes Bewusstsein für Klimaschutz und Naturschutz in der Bevölkerung.
 - Geringe Akzeptanz für Klimaschutz und nachhaltige Bewirtschaftung bei größeren landwirtschaftlichen Betrieben.
-
- Grundsätzliche Skepsis gegenüber dem menschengemachten Klimawandel unter Teilen der Bürger:innenschaft.
 - Mangelnde Akzeptanz für die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung.
 - Trotz unmittelbarer Betroffenheit durch Klimafolgen zweifeln viele Bürger:innen am Klimawandel und seiner Relevanz.
 - Die politische und mediale Stimmung im letzten Bundestagswahlkampf, insbesondere durch die AfD, hat sich negativ auf die Akzeptanz von Klimaschutz in Kommunen ausgewirkt.
 - Aufgrund der politischen Landschaft in ostdeutschen Bundesländern ist die Akzeptanz für Klimaschutz grundsätzlich geringer.
-
- Aufwendungen für Klimaschutzmaßnahmen lösen regelmäßig Diskussionen aus.
 - Mangelnde Akzeptanz, da man auf dem Land das Gefühl hat, bereits in Natur zu leben und Klimaschutz daher als weniger relevant wahrzunehmen.
-
- Bürgerinitiativen gegen Windkraft sowie Drohschreiben gegenüber Kommunalpolitiker:innen.
 - Blockadehaltung des Landkreises gegenüber Windkraftprojekten in Kommunen.
 - Sorgen der Bevölkerung zu Windkraft, die auf fachlich falschen Informationen beruhen.
 - Blockadehaltung von Kommunalpolitiker:innen der AfD gegenüber Windkraft sowie fehlende Offenheit der AfD-Wähler:innen für Sachargumente.
 - Fehlende Akzeptanz und grundsätzliche Skepsis als zentrale Hürde.
-
- Angst vor finanzieller Belastung bei Privatpersonen im Zusammenhang mit Projekten führt zu geringer Akzeptanz.
 - Eine Presselandschaft, die Ängste schürt.
 - Produzierendes Gewerbe, das regional stark mit fossilen Energien verbunden ist, fördert die Identifikation mit diesen und schwächt die Akzeptanz für Klimaschutz.
-
- Blockadehaltung in Verwaltung und Kommunalpolitik gegenüber Klimaschutz und kommunaler Wärmeplanung.
 - Blockadehaltung und Boykott seitens der Kommunalpolitik gegenüber Klimaschutz, z. B. durch negative Stimmungsmache in offenen Bürgerformaten.
 - Die Stellenbezeichnung Klimaschutzmanager:in löst bereits großes Unbehagen/Vorurteile in Verwaltung und Politik aus.
 - Verbreitete politisch rechte Einstellungen als Gegenpol zu Klimaschutzzielen.
 - Klimaschutzpersonal ist mit Diskriminierungserfahrungen in Verwaltung und Politik konfrontiert.
-
- Bei fehlendem Bewusstsein für die Bedeutung und Langfristigkeit von Klimaschutzmaßnahmen werden diese zunächst vor allem als Kostenfaktor wahrgenommen.
 - Erfahrungen aus anderen Kommunen: Windkraft ist sozial wenig akzeptiert.
-

- Windkraft ist ein emotional aufgeladenes und polarisierendes Thema; das veränderte Landschaftsbild wird als Beeinträchtigung wahrgenommen.
- Zurückhaltendes politisches Handeln als Hürde für die Verwaltung im Klimaschutz.
- Hohe Sensibilität gegenüber klimaschutzrelevanten Entscheidungen.
- Erfahrung aus anderen Kommunen: Verwaltung und Bürgermeister:in als zentrale Gegenpole.
- Mangelnde Akzeptanz trotz grundsätzlicher Befürwortung von Klimaschutz, wenn persönliche Lebensbereiche betroffen sind, z. B. durch Lärm von Windkraftanlagen.
- Widerstand seitens Verwaltung und Dienstleister:innen.
- Konservative Grundhaltung als generelle Blockade gegenüber Klimaschutz bereits bei der Förderantragsstellung.
- Kontra gegen Rodungsarbeiten für Windenergie.
- Keine Beantragung von Fördermitteln für Klimaschutzpersonal aufgrund der Befürchtung bestehender Mitarbeiter:innen, neues Personal könnte ihnen Verantwortungsbereiche entziehen.
- Klientelistische Strukturen in der Kommunalpolitik verringern die Akzeptanz gegenüber externem Fachpersonal.
- Fehlende Akzeptanz für die Notwendigkeit von Klimaschutzkonzepten in politischen Gremien.
- Das Bashing von Klimaschutz auf Länder- und Bundesebene beeinflusst die lokale Stimmung negativ.
- Prinzipielle Ablehnung von als grün wahrgenommenen Themen in politischen Gremien, wenn diese von progressiven Parteien eingebracht werden.

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Mangelnde Unterstützung Bürgermeister:in/ Kommunalpolitik.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 7: Mangelnde Unterstützung Bürgermeister:in/Kommunalpolitik

- Desinteresse und negative Einstellung bis hin zur Blockadehaltung erschweren Entscheidungen, die Einstimmigkeit erfordern.
- Fehlende Unterstützung durch die Bürgermeister:in.
- Blockade von Klimaschutzvorhaben durch kommunalpolitische Gremien oder die Bürgermeister:in.
- Wenn Politiker:innen nicht an einem Strang ziehen und Unterstützung ausbleibt, werden Themen zerredet und nicht umgesetzt.
- Parteien sind faktisch zur Zusammenarbeit im Gemeinderat verpflichtet; eine kompetente Moderation würde diese jedoch erheblich erleichtern.
- Mitunter ist es schwer, gemeinsam erarbeitete Konzepte zu beschließen; ein Beschluss garantiert zudem keine tatsächliche Verbindlichkeit.
- Die Schwierigkeit liegt weniger in der Erarbeitung von Strategien und Maßnahmen als vielmehr in der Mehrheitsfindung.
- Bei komplexen Klimaschutzmaßnahmen, z. B. der kommunalen Wärmeplanung, zeigt sich, wie viel ehrliches Engagement seitens der Kommunalpolitik vorhanden ist; es braucht ein bis zwei Personen, die das Thema mit Integrität vertreten und vorantreiben – Kümmerer mit entsprechender Entscheidungsmacht; die Bürgermeister:in in einer solchen Rolle wäre wünschenswert.
- Hinderlich sind vorab abgesprochene Fronten, die aktuell zunehmen; der Diskurs muss konstruktiv sein und darf nicht von vornherein auf Verhinderung ausgerichtet sein.
- Ein ehrenamtlicher Bürgermeister, der aus persönlichen Gründen und aufgrund fehlender Freistellung nicht mehr aktiv war, hat die Projektumsetzung erheblich erschwert.
- Fehlende Unterstützung seitens der Kommunalpolitik, z. B. durch negative Ratsbeschlüsse.
- Fehlende Unterstützung und Blockadehaltung des Bürgermeisters gegenüber Klimaschutz, z. B. durch das Nicht-Weiterleiten von Informationen an die Bürger:innen.
- Erfahrung aus anderen Kommunen: Verwaltung und Bürgermeister:in als zentrale Gegenpole.
- Die Klimaschutzmanager:in-Stelle ist formal im Haushalt vorgesehen, wurde jedoch aufgrund einer konservativen Verwaltungshaltung noch nicht beantragt.
- Blockadehaltung gegenüber Klimaschutzprojekten im Gemeinderat.
- Fehlender politischer Wille für Klimaschutz seitens der Bürgermeister:in.

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Finanzielle Hürden.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 8: Finanzielle Hürden

- Angespannter kommunaler Haushalt mit geringem Handlungsspielraum.
- Da Klimaschutz eine freiwillige Aufgabe ist, tritt er hinter kommunale Pflichtaufgaben zurück.
- Eigenanteile bei Fördermitteln sind häufig nicht mehr aus dem kommunalen Haushalt aufzubringen.
- Die Sanierung zur Wiederinbetriebnahme eines stillgelegten Wasserkraftwerks ist mangels finanzieller Ressourcen nicht möglich; der politische und verwaltungsseitige Wille ist vorhanden, die finanziellen Mittel fehlen jedoch.
- Fehlende finanzielle Mittel für Klimaschutzpersonal.
- Förderdschungel: Uneinheitliche Anträge, Nachweise und Förderbedingungen z. B. auf Landes- und Bundesebene
- Anzahl der abgelehnten Förderanträge entspricht der Anzahl der bewilligten, aber Beantragung bindet Personal.
- Die Weiterfinanzierung befristeter Personalstellen (z. B. Klimaschutzmanager:innen) ist aufgrund der angespannten Haushaltssituation nicht möglich oder lange ungeklärt.
- Vorlaufkosten und Risikoübernahme bei größeren Projekten (z. B. Windkraft) sind für kleine Kommunen allein nicht finanzierbar.
- Wirtschaftlich selbsttragende Projekte im Bereich Klimaanpassung sind sehr schwer umzusetzen.
- Knappe finanzielle Ressourcen.
- Klimaschutz ist keine kommunale Pflichtaufgabe und fällt daher bei knappen Ressourcen hinter andere Aufgaben (z. B. Straßeninstandhaltung, Kindertagesbetreuung) zurück.
- Durch den angespannten Haushalt bestehen strenge Vorgaben zur Nutzung von Fördermitteln; deren Beantragung und Eignungsprüfung ist sehr zeitaufwendig.
- Hohe Verschuldung führt zu Angst vor einer Übernahme der Verwaltung durch die Kommunalaufsicht.
- Diskrepanz zwischen den aufgetragenen Aufgaben und den verfügbaren Geldmitteln der Kommunen.
- Die höhere Eingruppierung des Klimaschutzpersonals in neueren Förderprogrammen (z. B. Klimaanpassung) führt zu uneinheitlichen Gehaltsstrukturen innerhalb der Kommune und zu finanziellen Mehrbelastungen.
- Die Verstetigung von Projekten nach Ablauf der Förderlaufzeit ist aufgrund knapper Haushaltsmittel schwierig.
- Aktuelle Sparpolitik und Kürzungen verschärfen die Haushaltsproblematik; bereits begonnene Projekte werden abgesagt.
- Durch rückläufige Steuereinnahmen wird der ohnehin knappe Haushalt weiter belastet; große Projekte sind auf Fördergelder angewiesen.
- Nicht ausgeschöpfte Fördertöpfe verfallen und werden zurückgezogen, was zu einem erheblichen Ressourcenverlust führt.
- In kleinen Gemeinden sind finanzielle Ressourcen, insbesondere Grundsteuereinnahmen, entscheidend für die Umsetzbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen. Bei Ressourcenknappheit werden andere Versorgungsleistungen (z. B. Schulen) priorisiert.
- Konzepte für kommunale Liegenschaften sind sehr kostenintensiv und erfordern Personal, Finanzmittel und Risikobereitschaft.
- Förderprogramme sind aufwendig; geforderte Eigenanteile sind häufig zu hoch, zumal viele Kommunen im Haushaltssicherungsverfahren stecken und sich keinen Eigenanteil von 10–20 % leisten können.
- Die Aufgaben der Gemeinden nehmen zu, die finanziellen Mittel jedoch nicht; Personalkosten steigen kontinuierlich.
- Förderprogramme helfen, sind aber auch personalintensiv.
- Durch Regierungswechsel entstehen finanzielle Unsicherheiten und Hürden.
- Es stehen nicht ausreichend Mittel für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit im Klimaschutzbereich zur Verfügung.
- Fehlende finanzielle Mittel, insbesondere für den von Kommunen zu leistenden Eigenanteil; für Klimaschutz sind diese Gelder nicht vorhanden.
- Konkurrenz mit einem Nachbarkreis um dieselbe Förderung; eine Partei muss zurückziehen, um Doppelförderungen zu vermeiden.
- Fehlende finanzielle Mittel als zentrale Hürde; die Gemeinde erzielt nicht ausreichend Einnahmen zur Erfüllung der Pflichtaufgaben.
- Für kleine Kommunen sind kapitalintensive Anschaffungen allein nicht finanzierbar; Zusammenschlüsse mit anderen Kommunen sind jedoch verwaltungsintensiv.
- Die finanzielle Lage ist derzeit noch tragbar; langfristig sind jedoch Gewerbeansiedlungen oder Steuererhöhungen unabdingbar.
- Die Kommune verfügt über geringe finanzielle Mittel; die Lage verschärft sich durch eine schwächelnde Wirtschaft und die allgemeine Sparpolitik.
- Verspätete Haushaltsverabschiedung führt zu späten Förderanträgen und dem Zwang zur kurzfristigen Mittelverwendung.
- Fehlende personelle Ressourcen und mangelnde Erfahrung im Klimaschutzbereich erschweren die Beantragung von Fördermitteln.

-
- Starke Abhängigkeit der Kommunen vom Landeshaushalt: Dieser wird zunehmend später verabschiedet, was zu unsicheren Planungshorizonten und verspäteten kommunalen Haushalten führt. Aufträge müssen kurzfristig vergeben werden, was entweder nicht möglich ist oder Zusatzkosten verursacht.
 - Strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen: Stagnierenden Einnahmen stehen wachsende Aufgaben gegenüber.
 - Einzelne kleine Kommunen stehen an der Grenze ihrer finanziellen Existenzfähigkeit.
 - Wiederaufforstung nach Dürren mangels Finanzmittel nicht möglich.
-
- Der erforderliche Eigenanteil bei Klimaanpassungsförderungen ist für kleine Kommunen nicht aufbringbar.
 - Angespannter kommunaler Haushalt
 - Pflege und Instandhaltung von Maßnahmen, z. B. gepflanzter Bäume belasten kleine Kommunen finanziell und personell.
 - Die Auszahlung von Entschädigungen nach Extremwetterereignissen dauert lange, obwohl Reparaturmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung schnell erforderlich sind.
 - Fehlende Mittel für die Ausstattung der Feuerwehr.
 - Laufende Verwaltungskosten können nicht gedeckt werden.
-
- Geringe Flächenbestände im Eigentum der Kommune sowie fehlende finanzielle Spielräume für den Flächenerwerb erschweren Klimaschutzprojekte.
-
- Die Umsetzung bereits abgeschlossener Planungen für PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften ist mangels Finanzmittel nicht möglich.
 - Insgesamt zu geringe Haushaltsmittel.
-
- Finanzielle Gründe führen zu Personalengpässen; der Aufwand, zusätzliches Personal zu rechtfertigen, ist erheblich.
 - Sehr kleine Gemeinden unter 200 Einwohner:innen ohne Gewerbesteuer verfügen über keinerlei finanzielle Handlungsspielräume.
-
- Geringe Akzeptanz für Klimaschutzausgaben, da knappe Finanzmittel und Verteilungskonflikte mit anderen Bereichen.
 - Angespannter kommunaler Haushalt.
-
- Kein finanzieller Spielraum für Klimaschutzprojekte.
 - Die Finanzierung reicht lediglich zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Instandhaltung.
-
- Fehlende finanzielle Mittel für Klimaschutz.
-
- Nicht ausreichend Mittel für größere Projekte.
 - Unsichere Fördermittellage durch lange Wartezeiten und unklare Voraussetzungen.
 - Defizitärer Haushalt; für mehr Handlungsspielraum müssten die Steuern verdoppelt werden.
 - Probleme werden von übergeordneten Ebenen an Kommunen weitergereicht, die sie durch Sparen ausführen müssen.
 - Trotz Fördermitteln ist der Eigenanteil zu hoch.
 - Finanzielle Probleme sind aktuell gravierender als die Klimaschutzagenda.
 - Die Finanzierung von Klimaschutzmanager:innen ist aufgrund der hohen Vergütung und der damit verbundenen Veränderungen in der Gehaltsstruktur der Verwaltung schwierig.
-
- Angespannte Haushaltslage; auch Förderungen schaffen keine ausreichende Entlastung.
 - Fehlende Planungssicherheit bei der Finanzierung, z. B. für PV-Anlagen, aufgrund unsicherer Bundespolitik.
-
- Kommunen müssen in Vorkasse gehen, wenn Fördertöpfe des Landes leer sind. Viele können sich das nicht leisten.
 - Missbrauch von Fördermitteln durch Dienstleister:innen, die ihre Preise in Kenntnis der Förderung überhöhen.
 - Unnötiger bürokratischer Rahmen als finanzielle Belastung (Personal- und Outsourcing-Kosten).
 - Geringes Haushaltsvolumen als allgemeine Hürde.
 - Fachkräftemangel führt zu hohen Gehältern.
 - Zu großer Eigenanteil, auch trotz Fördergeldern.
 - Einnahmen sinken; fehlende finanzielle Mittel für Klimaschutz.
 - Bürokratie um Maßnahmenkatalog und Klimakonzept zu teuer.
-
- Aktuell stark defizitärer Haushalt; noch ist ein finanzielles Polster aus den Vorjahren vorhanden.
 - Selbst kleine Eigenanteile sind trotz Fördermitteln nicht aufbringbar.
-
- Trotz vergleichsweise besserer Haushaltslage: kontinuierliche Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung.
 - Lange Wartezeiten auf Fördermittelauszahlung hemmen u. a. die Umsetzungsgeschwindigkeit.
-
- Angespannter kommunaler Haushalt und steigende Kosten (z. B. für Kinderbetreuung) führen zu geringem Gestaltungsspielraum.
 - Klimaschutz ist faktisch, nicht aber rechtlich eine Pflichtaufgabe und entsprechend unterfinanziert.
 - Die nahezu ausschließliche Finanzierung über Fördermittel schafft strukturelle Planungsunsicherheit.
 - Fehlende finanzielle Ressourcen, um befristet geförderte Klimaschutzmanager:innen nach Auslauf der Förderung weiter zu beschäftigen.
-

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Personelle Hürden.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 9: Personelle Hürden

- Fehlendes Klimaschutzpersonal.
- Ehrenamtliche Bürgermeister:innen haben zu wenig Zeit, um alle anfallenden Aufgaben zu erfüllen.
- Kein zuständiges und fachkundiges Personal für Klimaschutz in kleinen Kommunen.
- Bedarf für eine Vollzeitstelle im Klimaschutz vorhanden, jedoch zurzeit keine Stelle ausgeschrieben.
- Die Weiterfinanzierung befristeter Personalstellen (z. B. Klimaschutzmanager:innen) ist aufgrund der angespannten Haushaltssituation nicht möglich oder lange ungeklärt.
- Die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Ehrenamt ist kaum möglich.
- Mangel an fachlich geeigneten Bewerbungen für Klimaschutzstellen.
- Bedarf für eine Energiemanager:in-Stelle ist vorhanden, die Finanzierung jedoch ungeklärt.
- Klimaschutz wird als Zusatzaufgabe auf mehrere bereits ausgelastete Mitarbeiter:innen verteilt, anstatt einer zentralen Fachkraft zugewiesen zu werden.
- Zeit und Personal für Klimaschutz fehlen.
- Die Qualität extern beauftragter und auflagenbedingt notwendiger Gutachten und Konzepte ist häufig mangelhaft oder standardisiert; mangels eigenem Fachpersonal kann die Kommune diese nicht überprüfen.
- Hohe Fluktuation auf Klimaschutzstellen.
- Nachbesetzung mit geeignetem Klimaschutzpersonal ist schwierig; Stellen bleiben lange vakant.
- Für geeignete Bewerber:innen ist eine höhere tarifliche Eingruppierung erforderlich.
- Zu wenig Personal für das umfangreiche Themengebiet Klimaschutz.
- In kleinen Kommunen müssen auch einfache Umsetzungsaufgaben selbst erledigt werden, da kein zusätzliches Personal vorhanden ist; dies gilt insbesondere für Aufgaben, die über Pflichtaufgaben hinausgehen; letztere nehmen zudem zu.
- Geeignetes Personal ist schwer zu finden.
- Die Aufgaben wachsen, die Einnahmen jedoch nicht; gefordertes Personal kann nicht in entsprechendem Umfang eingestellt werden.
- Es fehlen systematische Qualifizierungsmaßstäbe und Mindestanforderungen für Umweltmanager:innen-Stellen; die Qualität der Besetzung hängt vom Engagement und der Qualifikation der Bewerber:innen ab.
- Die Arbeitsqualität ist stark von der Persönlichkeit und dem individuellen Engagement der Beschäftigten abhängig.
- Personalmangel an der Unteren Naturschutzbehörde und generell; finanzielle Mittel sind vorhanden, geeignetes Personal dennoch nicht verfügbar; der demografische Wandel verschärft die Lage.
- Gemeindeaufgaben werden ehrenamtlich wahrgenommen; es fehlt an qualifiziertem Personal (insbesondere für Förderanträge), das zudem häufig bereits in anderen Bereichen wie Feuerwehr oder Sportverein ehrenamtlich tätig ist.
- Gerade für die aktuell anstehenden Aufgaben wie die kommunale Wärmeplanung fehlt umso mehr eine koordinierende Kümmerer-Person.
- Die geeignete Besetzung von Klimaschutz- und Energiemanager:innen-Stellen ist in kleinen Kommunen mit niedrigen Tarifstufen und Befristungen kaum möglich bzw. führt zu langen Vakanzzeiten; daraus resultiert eine Mehrbelastung der bestehenden Mitarbeiter:innen.
- Knappe personelle Ressourcen.
- Personal wandert aus kleinen Kommunen in Städte mit besserer Gehaltsstruktur ab.
- Zu viel fachfremdes Personal im Einsatz.
- Pflege und Instandhaltung von Klimaschutzmaßnahmen, z. B. gepflanzter Bäume belasten kleine Kommunen personell.
- Die Verwaltung kleiner Kommunen ist als Arbeitgeber zunehmend unattraktiv; im Vergleich zu Unternehmen und größeren Kommunen bietet sie geringere Gehälter, keine fachliche Spezialisierungsmöglichkeit und kaum Aufstiegschancen.
- Klimaschutzthemen werden ausschließlich ehrenamtlich bearbeitet, was die Vernetzung erheblich erschwert.
- Personal fehlt, um Fördermittel zu beantragen.
- Personalengpässe als zentrale Hürde; der bürokratische Aufwand, zusätzliches Personal zu rechtfertigen, ist erheblich.
- Nur eine Ansprechperson im Klimaschutzbereich für viele Gemeinden mit einer Vielzahl an Themen.
- Große, aufwendige Förderprojekte können aufgrund von Personalengpässen nicht beantragt werden.

- Ein ehrenamtlicher Bürgermeister, der aus persönlichen Gründen und aufgrund fehlender Freistellung nicht mehr aktiv war, hat die Projektumsetzung erheblich erschwert.
- Ungeklärte Zuständigkeitsfragen zwischen Kreis und Gemeinden wirken sich auch auf Personalstellen aus.
- Hauptamtliches und vernetztes Personal fehlt.
- Zu wenig Personal im Klimaschutzbereich, insbesondere für zeitaufwendige Aufgaben wie Bürger:innenbeteiligung und die Beantragung von Fördermitteln.
- Geringe personelle Ressourcen für Klimaschutzprojekte aufgrund der ehrenamtlichen Ausübung des Bürgermeisteramts.
- Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme mit Ämtern und anderen Institutionen, da deren Öffnungszeiten während der eigenen Arbeitszeit liegen.
- Kein:e Klimaschutzmanager:in aufgrund fehlender Fördergelder.
- Fehlende Expertise und Qualifikation des bestehenden Personals für neue Klimaschutzaufgaben.
- Keine ausreichenden finanziellen Mittel für die erforderliche Vergütung einer Klimaschutzmanager:in-Stelle.
- Begrenzte Arbeitskraft (Einzelpersonenstruktur): Dies führt zu hohem Zeitaufwand, da für jedes Thema Expertise selbst erarbeitet werden muss.
- Persönliche Hürde: Unübersichtlichkeit des Fördermittelangebots.
- Fehlende Zeit und personelle Ressourcen als größte Hürde.
- Der Versuch, sektorenspezifisch und konkret Klimaschutzmaßnahmen anzugehen, wird durch aufwendige Antragsverfahren behindert.
- Begrenzte personelle und zeitliche Ressourcen.
- Die höhere Vergütung (inkl. Tarifverträge) des knappen Fachkräftepersonals stellt eine Belastung für den kommunalen Haushalt dar.
- Klimaschutz ist aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht umsetzbar.
- Konservatismus.
- Widerstände aufgrund kurzfristiger Perspektiven.
- Keine zeitlichen Ressourcen für eine transparente Fördermittelverwaltung.
- Stellenbefristung als Hürde bei der Gewinnung qualifizierter Fachkräfte.
- Stellenbesetzung ist schwierig, da kleine Kommunen mit der Privatwirtschaft um Klimaschutzpersonal konkurrieren.
- Geringe TVÖD-Eingruppierung aufgrund der angespannten Haushaltslage.
- Fehlendes Personal bzw. fehlendes Fachwissen des vorhandenen Personals.
- Zusätzliche Aufgaben für die Kommunen ohne entsprechende Personalaufstockung.
- Da Klimaschutz keine Pflichtaufgabe ist, fällt er hinter andere Aufgabenbereiche zurück.

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Sonstige Hürden.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 10: Sonstige Hürden

- Die verteilte Struktur einer Flächengemeinde mit knapp 30 Ortschaften erschwert die Wärmeplanung.
- Verteilte Bebauungsstruktur mit großen Grundstücken im ländlichen Raum erschwert den Aufbau von Nahwärmenetzen.
- Der öffentliche Nahverkehr ist unzureichend ausgebaut.
- Geringe Bereitschaft der Bürger:innen zur Änderung ihrer Mobilität (z. B. werden Mitfahrbanken nicht genutzt).
- Ablehnungen bei Förderungen sind nicht nachvollziehbar und erfolgen ohne konstruktives Feedback; Rückmeldungen auf EU-Ebene sind hingegen konstruktiver.
- Förderaufrufe erfolgen teils sehr kurzfristig (z. B. vier Wochen vor der Einreichungsfrist).
- Unterstützung kleiner Kommunen bei der Förderbeantragung auf Landesebene fehlt in Bayern.
- Klimaschutzpersonal in kleinen Kommunen ist häufig ohne Fachkolleg:innen; dies erschwert die Einarbeitung erheblich.
- Die ländliche Siedlungsstruktur macht kleine Kommunen als Anbieter von Wärmenetzen unattraktiv, da dicht besiedelte Städte für Betreiber rentabler sind.
- Zersiedelung macht die Umsetzung von Wärmeplanungsvorgaben unrealistisch.
- Denkmalschutzaufgaben stellen eine erhebliche Hürde im Bereich der energetischen Sanierung dar.
- In kleinen Kommunen sind Verantwortlichkeiten unmittelbar zuordenbar; die enge soziale Vernetzung erschwert es, divergierende Interessen zu bedienen.
- Unterschiedliche Wahrnehmungen und Wissensstände der Bevölkerung erschweren den Klimaschutzdiskurs.
- Es besteht die Sorge, dass konsequenter Klimaschutz große Zielkonflikte mit anderen Aufgabenbereichen provoziert.
- Der Wille der Bürger:innen ist ebenso ausschlaggebend wie der Verwaltung; beides ist zentral für den Erfolg kommunalen Klimaschutzes (vgl. Subkategorie Mangelnde Akzeptanz).

- In kleinen Gemeinden werden auch marginale Themen intensiv diskutiert, die in anderen Kommunen keine Aufmerksamkeit erhalten würden.
- Im ländlichen Raum gibt es geringeres Potenzial für kommunale Wärmeplanung, da weniger Abwärme verfügbar ist.
- Zielkonflikte entstehen durch Ministerien und Gesetzgebungen sowie durch deren Unterbesetzung (s. o.).
- Die Gesetzgebungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sind nicht ausreichend harmonisiert.
- Mangelndes Verständnis und Bewusstsein für die Klimaschutzproblematik; grün ist nicht gleichbedeutend mit ökologisch; Land ist nicht gleichbedeutend mit Natur.
- Eine alternde Bevölkerung ist körperlich weniger in der Lage, aktiv mitzuwirken.
- Aufgrund geringer Besiedlungsdichte dauern Vernetzungsarbeit und gemeinschaftliches Engagement länger als in Städten.
- Der Klimawandel wird als Problem anderer wahrgenommen; Veränderungen müssen abrupt oder zumindest innerhalb einer Lebensspanne eintreten, um wahrgenommen zu werden und zum Umdenken anzuregen.
- Mitunter muss auf günstige Zeitpunkte gewartet werden, auch wenn handlungstechnisch bereits alles bereitstünde – dies ist letztlich auch eine Akzeptanzhürde.
- Wenn beschlossene Ziele verfehlt werden, bleibt dies meist ohne Konsequenzen; dadurch fehlen wirksame Anreize.
- Probleme beim Netzausbau bremsen den Ausbau erneuerbarer Energien.
- Mangelndes Interesse, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren, da andere ehrenamtliche Aufgaben als attraktiver wahrgenommen werden.
- Die Infrastruktur für den Ausbau erneuerbarer Energien ist in kleinen Kommunen nicht hinreichend vorhanden.
- Förderungen für Bürger:innen, z. B. durch den Bund werden eingestellt.
- Skeptische Grundstimmung in der Bevölkerung, befördert durch Medien und die AfD.
- Solange keine gesetzlichen Vorschriften bestehen, wird Klimaschutz bei Projekten nicht berücksichtigt.
- Wenn zentrale Einzelpersonen wegfallen, kommt der freiwillige Klimaschutz zum Erliegen.
- Die allgemeine wirtschaftliche Schieflage in ostdeutschen Regionen lässt wenig Raum für Klimaschutzthemen.
- Geringer kommunaler Flächenbesitz in ostdeutschen Kommunen als Folge von DDR-Geschichte und Wende.
- Zerstreute Siedlungsstruktur erschwert die kommunale Wärmeplanung.
- Zerstreute Verwaltungsstruktur im ländlichen Raum (viele kleine Gemeinden).
- Fehlender Einfluss der Kommunen auf den ÖPNV-Ausbau.
- Fehlinformationen und Ängste der Bürger:innen, die durch Medienberichterstattung verstärkt werden.
- Veraltete Kommunikationskanäle (z. B. Gemeindeblatt statt Social Media).
- Hoher Verwaltungsaufwand und Bürokratie führen zu Ermüdung und mangelnder Motivation der Mitarbeiter:innen.
- Fehlende Organisation von Klimaschutzmaßnahmen aufgrund von Personalmangel und fehlender Expertise.
- Verzögerungen bei Projekten durch lange Bearbeitungszeiten von Fördermittelanträgen und fehlende Digitalisierung.
- Unübersichtliche Webseiten und Antragsportale für Förderungen führen zu sehr hohem Bearbeitungsaufwand.
- Grundsätzlich Gegenwind von anderen Parteien.
- Freiflächen für PV häufig im Besitz von Landwirt:innen.
- Fehlende Lade- und Netzinfrastruktur für die Energieeinspeisung; eine flächendeckende Ausstattung mit Wärmepumpen ist aufgrund drohender Netzüberlastung nicht möglich.
- Fehlende Kommunikation über bereits ausgeschöpfte Fördertöpfe trotz fortlaufender Ausschreibungen.
- Unübersichtlichkeit des Fördermittelangebots.
- Grundsätzlich politischer Gegenwind aus anderen Parteien.
- Fehlender Netzausbau und mangelnde Förderung für die Energieeinspeisung.
- Politische Willkür als Hürde für die Verwaltung.
- Empfindliche öffentliche Reaktionen auf klimaschutzrelevante Entscheidungen.
- Fördermittelmanagement ist für beide Seiten überfordernd.
- In kleinen Kommunen kann eine abgegrenzte Aufgaben- und Kompetenzstruktur zu behindernder Spezialisierung führen.
- Finanzen als große allgemeine Hürde.
- Komplexität der Fördermittel ist hoch, zudem decken sie zu geringe Anteile der Projektkosten.
- Missbrauch bzw. Fehlnutzung von Fördergeldern für Kommunen durch Preiserhöhungen externer Dienstleister:innen.
- Kommunen sind nicht Teil der Verhandlungen über Löhne/Einnahmen, tragen aber die Konsequenzen sinkender Mittel.
- Fehlende Berücksichtigung von Peripherie sowie Fehlpriorisierungen der Politik als Hürde für Klimaschutz und Soziales.
- Fehlender Netzausbau für erneuerbare Energien.
- Sorge, eigenständig Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, aufgrund mangelnder Akzeptanz.
- Zu wenig Aufmerksamkeit und Öffentlichkeitsarbeit für Klimaschutz.
- Sehr lange Wartezeiten auf Rückmeldungen zu Förderanträgen.
- Waldrodungen für Windenergieprojekte als Konfliktthema.
- Schwierigkeit, aus der Fülle an Fördermitteln die passende Auswahl zu treffen.
- Hohe räumliche Distanz zu anderen Kommunen.

- Erfolgreich umgesetzte Einzelmaßnahmen werden seitens der Kommunalpolitik als Blaupause für größere Maßnahmen und Konzepte herangezogen.
- Fehlende Expertise.
- Die Neuheit des Klimaschutzthemas und die Förderfinanzierung erzeugen ein wahrgenommenes Umsetzungsrisiko; dies trifft auf risikoaverse Verwaltungsstrukturen.
- Versäumnisse im Klimaschutz sind für Bürger:innen weniger sichtbar als in anderen Bereichen (z. B. Schlaglöcher), über die direkt bei Bürgermeister:innen Beschwerde eingereicht wird.

Hürden im kommunalen Klimaschutz: Umgang mit Hürden.

Hürden im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 11: Umgang mit Hürden

- Umstellung des Bürgermeister:innenamtes vom Ehren- auf das Hauptamt durch Gemeinderatsbeschluss.
- Klimaschutz anders rahmen und bezeichnen.
- Gespräche mit Bürger:innen suchen, positive Aspekte aufzeigen und Zeit für einen Sinneswandel einräumen.
- Zusammenschluss von Nachbarkommunen, um Großprojekte (z. B. Windkraft) gemeinsam finanzieren zu können.
- Risikoübernahme bei Großprojekten durch den Landkreis, insbesondere zur Übernahme der Planungskosten bei Ablehnung der Genehmigung.
- Gründung oder Einbindung von Bürgerenergiegenossenschaften zur Finanzierung kommunaler Windkraftprojekte.
- Inanspruchnahme der Unterstützung durch Energieagenturen.
- Leitfäden der Klimaschutzagentur des Landes unterstützen kleine Kommunen ohne eigenes Fachpersonal.
- Gemeinsame Ausschreibung von Klimaschutzpersonal durch benachbarte Kommunen zur gemeinsamen Finanzierung.
- Zusammenarbeit der Kommune mit Schornsteinfeger:innen zur Aufklärung und Kommunikation mit den Bürger:innen (Fehlinformationen korrigieren, Ängste abbauen) z. B. zum Thema Wärmeplanung.
- Für Klimaschutzmaßnahmen die Nutzung von Ökopunkten prüfen, die ggf. an anderer Stelle Kosten einsparen.
- Gutes Ressourcenmanagement in Kombination mit vorausschauender Planung und einer Übersicht über mögliche Projekte.
- Netzwerk von Klimaschutzmanager:innen und Fachpersonal auf Landesebene zum Wissensaustausch ist eine große Hilfe.
- Stärker lokale Energieerzeugung; private Haushalte sollten möglichst autark sein und die Möglichkeit erhalten, von dem vor Ort produzierten Strom zu profitieren.
- Empfehlung im Umgang mit mangelnder Akzeptanz: Frühzeitige Information und Diskussion mit den betroffenen Personen noch vor der Entscheidungsfindung.
- Entschlossenheit und Durchsetzungsvermögen erleichtern den Umgang mit Akzeptanzproblemen.
- Freundliche und empathische Ansprache bei Akzeptanzproblemen.
- Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Stellen, z. B. dem Ordnungsamt.
- Mit Wirtschaftlichkeit und finanziellen Vorteilen argumentieren.
- Naturerlebnisse schaffen, um für Klimaschutzthemen zu sensibilisieren.
- Wunsch: Bürgerräte abseits der Parteipolitik installieren, mit sachlichen Impulsen und guter Moderation.
- Daseinsvorsorge als Argument nutzen, obwohl dieses Argument mittlerweile kaum noch Resonanz findet.
- Gemeinsam mit benachbarten Gemeinden Lösungen erarbeiten und Kosten teilen.
- In Förderanträgen auf anerkannte Nachhaltigkeitsziele berufen.
- Eigene Stromerzeugung in Kooperation mit lokalen Unternehmen bietet Potenzial für die Wärmeplanung in Wohngebäuden und kann Schwierigkeiten bei der Wärmeplanung in zersiedelten Gebieten begegnen.
- Arbeit auf kleinkommunaler Ebene ist häufig einfacher, da alle Beteiligten das Wohl der Gemeinde vor Augen haben.
- Entscheidend ist, mit dem Umsetzbaren zu beginnen. Die zentrale Frage lautet: Mit welchen Argumenten lassen sich die Beteiligten zum Handeln bewegen?
- Bewusster Verzicht auf Fördermittel, um Maßnahmen unbürokratischer und mit weniger Vorgaben umzusetzen.
- Bei geringer Akzeptanz für Freiflächen-PV, den PV-Ausbau auf überdachten Parkflächen, Gebäuden etc. forcieren.
- Ausreichend Zeit für Akzeptanzbildung und Sensibilisierungsprozesse einplanen.
- Bürger:innen einbeziehen und durch proaktive Rahmensetzung zur ehrenamtlichen Mitwirkung im Klimaschutz einladen (z. B. Pflege neu gepflanzter Bäume).
- Unterstützung durch übergeordnete Stellen und Verbände suchen und Aufgaben delegieren.
- Persönliche Gespräche mit Bürger:innen zu Ängsten und Zweifeln gegenüber Klimaschutz führen.
- Klimaschutz anders rahmen, z. B. als grüne Stadt, Brandschutz etc.
- Mit Bürger:innen persönlich sprechen und konkrete persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel sowie den Nutzen von Klimaschutzmaßnahmen erläutern.
- Unterstützung durch ortsansässige Unternehmen einwerben (finanziell, Sachmittel, Dienstleistungen).
- Erfahrungswissen älterer Bürger:innen einbeziehen, z. B. zu Extremwetterereignissen.

-
- Der Rückerwerb von Flächen ist für die Projektumsetzung wichtig, trotz finanzieller Hürden.
 - Der Ausbau erneuerbarer Energien in kommunaler Hand generiert finanzielle Einnahmen.
 - Projekte, bei denen natürliche Prozesse genutzt werden können, sind einfacher umzusetzen.
 - Das Betonen praktischer Aspekte und des konkreten Nutzens fördert die Akzeptanz in der Bürger:innenschaft.
-
- Gründung und Einbindung von Bürgerenergiegenossenschaften ermöglicht die Umsetzung von Windparks trotz angespannter Haushaltslage.
 - Klärende Gespräche mit Bürger:innen anhand konkreter Beispiele sowie Aufklärung über die finanziellen Einnahmen durch Windparks.
-
- Solidarpakt, in dem sich größere und kleinere Gemeinden zusammenschließen, um Klimaschutzprojekte gemeinsam voranzutreiben.
-
- Gründung einer Stiftung zur Unterstützung der Verstetigung von Klimaschutzmaßnahmen.
 - Engagierte Einzelpersonen, die Projekte anschieben und bei Behörden auf Fortschritte drängen.
 - Mit einheitlichen Checklisten für Projekte und Klimaschutzkonzepte könnten Kommunen erheblichen Aufwand einsparen.
 - Ansprache verschiedener Personengruppen, um in jedem Bereich eine kritische Masse für Akzeptanz zu erreichen.
 - Aufstellung eines Teams, das ehrenamtliche Aufgaben auffangen kann.
-
- Kontaktaufnahme mit Universitäten, die Klimaschutzstudiengänge anbieten zur Personalgewinnung von Fachkräften.
 - Alternative Wärmekonzepte für den ländlichen Raum mit geringer Siedlungsdichte, z. B. Abwärmenutzung in der Nähe kleiner Unternehmen.
-
- Vorurteile und Ängste der Bürger:innen gegenüber Klimaschutz in persönlichen Gesprächen entkräften.
 - Klimaschutz anders rahmen, z. B. als Heimat- oder Naturschutz.
 - Bürger:innen proaktiv darüber informieren, wofür Klimaschutzpersonal zuständig ist und wofür nicht.
-
- Bürger:innen gezielt ansprechen und dort abholen, wo sie stehen, um Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen zu fördern.
-
- Aktive und direkte Kommunikation der Zielsetzung von Klimaschutzprojekten mit den Bürger:innen zur Steigerung der Akzeptanz.
 - Interkommunale Lösungen.
-
- Mikropolitische Strategien, um Projekte voranzubringen.
 - Eigenleistung und gezielte Kompetenzerweiterung, um Kosten für Outsourcing zu reduzieren.
-

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Vernetzung vor Ort.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 1: Vernetzung vor Ort

- Örtliche Vernetzung in Vereinen etc. ("Man kennt sich") trägt zum Abbau von Vorurteilen bei.
- Strategisches und parteiübergreifendes Erarbeiten von Mehrheiten im Gemeinderat seitens der Bürgermeisterin.
- Etablierung von Querschnittsaufgaben innerhalb der Kommunalverwaltung.
- Bildung von bereichsübergreifenden und objektorientierten Arbeitsgruppen (Bsp. kommunale Bauvorhaben).
- Regelmäßige Berichterstattung über Klimaschutz im Gemeinderat, z. B. anstehende Aufgaben.
- Zusammenarbeit mit lokalen ehrenamtlichen Klimaschutzinitiativen.
- Klimaschutz als bereichsübergreifende Aufgabe in der Verwaltung.
- Impulse durch ehrenamtliche Klimaschutzinitiativen.
- Austausch mit Schornsteinfeger:innen bzgl. kommunaler Wärmeplanung.
- Verwurzelung der kommunalen Mitarbeiter:innen in der Gemeinde, z. B. Vereinsstrukturen, Feuerwehr etc.
- Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen der Kommune.
- Kurze Wege in kleinen Gemeinden/Kommunen können vorteilhaft sein; besonders überparteiliche Strukturen/Gremien (freiwillige Feuerwehr).
- Einzelne Bereiche in der Kommune (Sanierungsmanagement) laufen wegen gemeinsamer Absprachen gut.
- Kurze Wege in kleinen Kommunen, "man kennt sich", kleine Netzwerke lassen sich schnell aufbauen, kurze Wege auch zu Entscheidungsträger:innen.
- Zusammenarbeit mit ansässigen Unternehmen läuft gut und daher auch ein Erfolgsfaktor.
- Persönlicher Kontakt der Bürgermeister:in mit Bürger:innen "rund um die Uhr" in kleiner Kommune, z. B. Dorffeste etc.
- Stetige Bürger:inneninformation über untersch. Kanäle und offene Gesprächsrunden.
- Eigene Arbeitsgruppe Klimaschutz in der Verwaltung.
- Zusammenarbeit mit und Unterstützung im Aufbau von kommunalen Klimaschutz-Initiativen der Bürger:innen.
- Bürgergenossenschaft (nachbarschaftliche Energieberatung und Finanzierung PV-Anlagen). Informationen über Gemeindeblättchen, Social Media, Gemeindeapp und lokale Zeitungen. Bürger:innen informieren sich auch per Telefon oder E-Mail über eigene Fördermöglichkeiten. Durch kleine Kommune kurze und effiziente Kommunikationsmöglichkeiten, z. B. mit Bürgermeister oder Gemeindevorstand.
- Veranstaltung zur Erstellung eines Kriterienkatalogs mit Ortsvorsteher:innen, Vertreter:innen, Bürger:innen, Parteien, Jagdpächter:innen und Landwirt:innen.
- Zusammenarbeit mit der Feuerwehr; Annahme ihrer als Expert:innen.
- Zusammenarbeit mit Bürgergenossenschaft.
- Zusammenarbeit mit der gesamten Kommune durch politisch Transparenz, Versammlungen, direkte Dialoge.
→ führt zu Erfolgen im Klimaschutz
- Zusammenarbeit mit Institutionen oder Ämtern für den Klimaschutz und Ausbau Kommune.
- Austausch von Erfahrungen und Expertise.
- Informationsveranstaltungen (die trotz bestehendem Interesse nicht wahrgenommen werden; siehe Akzeptanz/Hürden).
- Während Covid Infoveranstaltungen in Präsenz, in denen sich auch Arbeitsgruppen bildeten.
- Social Media.
- Bürgerentscheide für Klimaschutz-Entscheidungen.
- Aktive und direkte Kommunikation über die Intention von Klimaschutz-Projekten mit Bürger:innen für mehr Akzeptanz.
- Aktion: Gemeinsame Aufforstung im Wald sehr erfolgreich.
- Breite Kommunikation: Zeitungsberichte, Anzeige auf der Homepage, direktes Anrufen von Bürger:innen.
- Aktion "Saubere Landschaft": Bürger:innen helfen, die Landschaft sauber zu machen. Aufgerufen von Vereinen durch Werbung und Zeitung.
- Gute Zusammenarbeit mit Förster:in bzw. ehem. Förster.
- Sehr aktiven NABU und Bund.
- Bei „richtigem“ Umgang mit dem Themen ist die Akzeptanz gut.
- Zusammenarbeit mit Klimaschutzinitiativen der Bürger:innenschaft.
- Ehrenamt z. B. Solarberatung von und für Bürger:innen.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Vernetzung interkommunal.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 2: Vernetzung interkommunal

- Zusammenarbeit mit kleinen Nachbargemeinden z. B. bzgl. Wärmeplanung.
- Interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen.
- Gemeinsame Energieagentur zweier Landkreise steht den Kommunen zur Beratung zur Verfügung. Diese oder ähnliche übergeordnete, koordinierende Instanzen werden besonders für kleine Kommunen als starker Erfolgsfaktor wahrgenommen.
- Interkommunale Zusammenarbeit und Einbeziehung des Landkreises für die Finanzierung eines Windparks.
- Vernetzung der Kommunen durch Landkreis und Energieagenturen.
- Austauschplattform govshare.org für Vernetzung, Beispiele (z. B. Beschlussvorlagen) und Ansprechpartner:innen.
- Austauschtreffen aller kommunalen Klimaschutzmitarbeiter:innen in einem Landkreis.
- Netzwerktreffen und digitale Klimaschutz-Veranstaltungen durch Landkreis organisiert.
- Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen.
- Bündelung von Wissen und Kompetenzen zwischen mehreren kleinen Kommunen wichtig.
- Klimanetzwerke auch Teil einer Bundesförderung, um interkommunal Klimaschutzstellen weiterzuführen.
- Gutes Arbeitsklima, gegenseitiges Vertrauen und Unterstützung.
- Mit anderen Gemeinden austauschen, Kosten teilen.
- Gute Vernetzung bis zur Kreisebene.
- Gute Vernetzung mit Dienstleistern, besonders wenn die Mitarbeitenden/Ansprechpartner:innen der gleichen Altersklasse/Generation angehören wie Klimaschutzmanager:in; Kontakte in die lokale Klimaschutzblase pflegen.
- Organisation und Zusammenarbeit als Gemeindeverband.
- Zusammenschluss von Kommunen in der Verbandsgemeinde (Solidarpakt) um gemeinsam größere Projekte (wie Solarparks) über einen gemeinsamen Fonds zu finanzieren.
- Regionales Klimaschutznetzwerk der Energieagentur hilft, um sich über Erfahrungen mit Fördermitteln und deren Beantragung auszutauschen.
- Zusätzliches vierteljährliches Treffen der Klimaschutzmanager:innen zu speziellem Thema mit Best-Practice Beispielen gibt Impulse.
- Anträge interkommunal verfassen, um den Aufwand der Antragsstellung zu minimieren.
- Vernetzungstreffen für Kommunen, z. B. der NKI des ehemaligen BMWK
- Veranstaltungen und Austauschtreffen für Klimaschutzpersonal des Landes.
- Proaktive Infos zu Förderungen durch Land und Landkreis.
- 2012 gemeinsames Klimaschutzkonzept mit Nachbarkommune, aktuell neues mit mehreren Städten und Gemeinden.
- Eine Gemeinde daraus testet Privatunternehmen für Fördermittelbank für alle.
- Interkommunale Zusammenarbeit bei eigener fehlender Expertise.
- Keine eigene Stelle für Umweltthemen, da das Klimaschutzpersonal der Stadt die Kommune unterstützt (mehr Zeit und Expertise).
- IKZ als Möglichkeit, Hürden zu überwinden.
- Kommunale Wärmeplanung durch Landkreis und regionalen Energieversorger.
- Gründung einer interkommunalen Bürgerenergiegenossenschaft.
- Netzwerktreffen im Bereich Klimaschutz via Landkreis, Webinare für Klimakommunen (LEA) und Treffen mit Klimaschutzmanager:innen aus dem ganzen Regierungsbezirk. Diese Treffen führen zu leichterem Einstieg in die Thematik.
- Interkommunales Klimaschutzkonzept und Energieberatungskonzept.
- Planung einer gemeinsamen Gebirgs-Klimaanlage.
- Zusammenarbeit mit Landkreis und regionalem Versorgungsunternehmen für kommunale Wärmewende.
- Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie mit einem Dutzend Kommunen.
- Andere Kommunen als Vorbilder betrachten.
- Austausch mit weiteren Kommunen im Umkreis, auch mit deren Klimaschutzmanager:innen.
- Interkommunale Wärmeplanung und große gemeinsame Projekte (auch zur Ressourceneinsparung).
- Dienstleister:in erstellt Klimaanpassungskonzept. Derselbe für fast den ganzen Kreis.
- Motivation in Nachbarkommunen; sind auf demselben Niveau.
- Klimaschutzagentur des Landkreises als gemeinnütziges Unternehmen mit kommunaler Beteiligung / ermöglicht freiwillige Mitgliedschaft der Kommunen in Klimaschutzverein.
- Kreisweites Netzwerk des Klimaschutzpersonals.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Wissensaustausch.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 3: Wissensaustausch

- Durch das Staatsministerium in Bayern geförderte Beratung "Windkümmerer" zur Planung von Windparks trotz strenger Vorgaben des Landes.
- Austauschplattform govshare.org.
- Best-Practice-Beispiele anderer Kommunen.
- Enge Unterstützung und Infos via Landes- und Kreisebene.
- Proaktive Betreuung via der Stabsstelle Klimaschutz des Kreises.
- Viel Infomaterial zur Einarbeitung vorhanden z. B. via Service und Kompetenzzentrum kommunaler Klimaschutz.
- Austausch von Dateien und Formulierungen für Strategien und Anträge mit Klimaschutzpersonal aus Nachbarkommunen.
- Unterstützung und Leitfäden durch Klimaschutzagentur des Landes.
- Netzwerktreffen von Landkreis, Städtetag oder Klimaschutzagentur organisiert.
- Wissensaustausch zwischen Kommunen wichtig, um später auch gemeinsame Projekte umzusetzen.
- Klimaschutznetzwerk auf Landesebene mit regelmäßigen Treffen und Wissen und Tipps auszutauschen.
- Klimaschutzmanagement auf Landkreisebene vernetzt zusätzlich und unterstützt.
- Private Kontakte aus Studium zum Wissensaustausch.
- Gemeinsame Zukunftswerkstatt für Klimaschutzveranstaltungen benachbarter Kommunen, z. B. zur Sensibilisierung der Bevölkerung für lokalen Klimaschutz.
- Informationen der Energieagentur des Landes.
- Wissensaustausch mit lokalen Energieunternehmen.
- LEA sorgt für Wissensaustausch und unterstützt mit (Verwaltungs-)Fachwissen.
- Wissensaustausch und Checklisten bei Standardaufgaben (z. B. Erstellung eines Klimaschutz-Konzeptes).
- Inspiration via Best-Practice-Beispiele erfolgreich umgesetzter Projekte (Ideen und Umsetzungsmöglichkeiten).
- Standardisierte Rahmenbedingungen und Vorlagen (bspw. für Pachtverträge) vom Land, damit nicht jede Kommune (Rechts-)Wissen neu aufbauen muss.
- Vernetzungstreffen für Einarbeitung Klimaschutzpersonal.
- Eine Kommune testet Fördermittelbank von Privatunternehmen und gibt weiter an andere.
- Klimaschutzmanager:innen des Landkreises arbeiten auch an den Projekten der Kommunen mit.
- Energieagentur des Landes informiert sie regelmäßig.
- Webinare Klimakommunen (LEA).
- Treffen der Klimaschutzmanager:innen aus dem Regierungsbezirk.
- Unterstützung im Bereich Bürgerbeteiligung via LEA (z. B. bzgl. Planung und Moderation einer Bürgerversammlung).
- Veranstaltungen zur Wärmeplanung zur Eigeninformation.
- Gegenseitige Hilfe unter Kolleg:innen, Weitergabe von Erfahrungen und Expertise.
- Erfolge in anderen Kommunen sind sichtbar und dienen als Vorbilder.
- Bürgermeister / Interviewperson war in anderer Gemeinde bereits Klimaschutzmanager.
- Dialoge mit Bürgermeister:innen und Klimaschutzmanager:innen aus anderen Kommunen.
- LEA als Anlaufstelle.
- Interkommunale Wärmeplanung und große gemeinsame Projekte.
- LEA, Fachstelle für Klimakommunen und Wirtschafts- und Infrastrukturbank sind eine große Unterstützung und immer offen für die Beantwortung von Fragen.
- Proaktive Kontaktaufnahme der Klimaschutzagentur des Landkreises mit den Kommunen, z. B. bzgl. Vorträgen, Maillisten, Beratung zu und Beantragung von Fördermitteln.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Sonstige Vernetzung.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 4: Sonstige Vernetzung

- Zusammenarbeit mit Staatsforst und Rechengemeinschaften bzgl. Aufforstung.
- Newsletter mit Informationen zu Förderaufrufen z. B. von NKI und BMBF
- Zusammenarbeit mit Hochschulen, z. B. für die Erarbeitung eines Energiekonzepts.
- Windkümmerer Bayern.
- Energieagentur des Landkreises.
- Unterstützung durch Klimaschutzpersonal des Landkreises.
- Proaktives angeschrieben werden durch übergeordnete Institutionen.
- Nutzung von Vorlagen des Landkreises z. B. für Energiebericht.
- Regionale und Überregionale Vernetzung, z.B. "Energy for Climate".
- Beratung durch Vergabestelle des Landkreises.
- Vernetzung mit Landesorganisationen und Klimaschutz mit ihnen läuft gut.
- Kraft ziehen aus Vernetzung, in unterschiedlichen Gruppen und Zusammenhängen vernetzt sein und Themen gezielt einbringen und kontinuierlich aktiv bleiben.
- Gute Zusammenarbeit hausintern (s.o.).
- Zusammenarbeit mit Schornsteinfegern und lokalen Energieversorgern.
- Stakeholdertreffen mit allen beteiligten Akteuren, z. B. Wärmeplanung.
- Landesenergieagentur.
- Vernetzung mit Hochschulen und Energieberatern die Fachexpertise und Anregungen einbringen.
- Unterstützung und enges Beratungsangebot der Landesenergieagentur.
- Energieagentur des Landes informiert regelmäßig und prüft auch Wirtschaftlichkeit von Projekten. Damit sehr gute Erfahrungen.
- Klimaschutzkonzept des Kreises wurde auf einzelne Kommunen angepasst; Dafür gibt es eine spezifische Ansprechperson. Die Anpassung erfolgt durch konkreten Besuch in der Kommune und Austausch.
- Klimaschutzkonzept mit dem Kreis zusammen entwickelt. Darin auch designierte Stelle für eigene Kommune empfohlen.
- Outsourcing mit Planungsbüros, die sich auch um Förderung kümmern.
- Contracting-Modelle.
- Abo Wind betreibt Windparks und pachtet diese vom Land.
- Zusammenarbeit mit Energieversorger für Umstellung der Straßenbeleuchtung zu LED
- Outsourcing von Konzepterstellung.
- Dienstleister:in erstellt Klimaanpassungskonzept. Derselbe für fast den ganzen Kreis.
- Mikropolitik, auch im Kontext mit Fördermittelanträgen.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Unterstützung BGM/Politik.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 5: Unterstützung BGM/Politik

- Unterstützung und Motivation Bürgermeister:in.
- Bewusstsein für Klimaschutz in Politik und Verwaltung.
- Unterstützung durch Bürgermeister:in.
- Grundsatzbeschlüsse im Gemeinderat.
- Unterstützung durch Bürgermeister:in und Kommunalpolitik.
- Bürgermeister:in mit Fachexpertise im Klimaschutz und EE-Bereich.
- Enge Zusammenarbeit mit der Bürgermeister:in über Klimaschutz als Stabsstelle.
- Unterstützung durch Kommunalpolitik.
- Gute Basis, auf der man aufbauen kann (Historie).
- befriedender Bürgermeister:in, der/die für gutes Miteinander sorgt und gutes Händchen für Leute hat, der*die schon lange im Amt ist.
- Ansprache an Zielgruppen/Parteien ausrichten.
- Wohlwollen und generelle Grundeinstellung von Entscheider:innen.

- PV Anlagen laufen, vor allem wegen unkomplizierter Absprache mit Kreis und Klimaschutzagentur gut.
- Kommunal ziehen alle Parteien an einem Strang, auch was Klimaschutz angeht.
- Junge Leute die Klimaschutz in der Kommunalpolitik vorantreiben.
- Gutes Miteinander im Rathaus und Vorhandensein einer "Kümmererfunktion"; Machtverhältnis zwischen Politik und Verwaltung entscheidend - wichtiger als Haushalt.
- starker Wille des politischen Gremiums.
- verankerte (vielleicht sogar ländliche) Werte.
- ausreichende finanzielle Mittel.
- (Ehrenamtliche) Bürgermeister:innen, die als Einzelperson Projekte in den Kommunen antreiben, sodass sich Gruppen bilden, die Projekte eigenständig durchführen oder Verwaltungen kontaktieren, um Prozesse anzustoßen.
- Bürgermeister war schon früh aktiv, z. B. Neubaugebiet mit dezentraler Wärmeversorgung.
- Klimaschutz wird als Bestandteil jedes Verwaltungsbereichs nicht als etwas Gesondertes betrachtet.
- Erfolgreiche Eigeninitiative der Bürgermeisterin.
- Direkte, persönliche Zusammenarbeit mit Bürgermeister und Verwaltung.
- Relevanz und Motivation für Klimaschutz durch die Bürgermeister:in ausschlaggebend.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Kommunikation/Beteiligung.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz **Summary-Tabelle Subkategorie 6: Kommunikation/Beteiligung**

- Gemeinderatssitzungen mit kontinuierlichen Gesprächen vorbereiten und ggf. Expert:innen einladen.
- Gezielt auf kritische Bürger:innen zugehen, um sie von Klimaschutzmaßnahmen zu überzeugen.
- Öffentliche Informations- und Entscheidungsprozesse.
- Bürger:innenwerkstätten.
- Sehr frühzeitige Informationen an Bürger:innen vor Klimaschutz Maßnahmen mit genügend Zeit für Rückmeldungen und Rücksprachen bei Bedenken.
- Einbindung kommunaler Verbände, z. B. BUND
- Vermarktung der Kommune als Vorreiter im Bereich Klimaschutz und Kommunikation erfolgreich umgesetzter Maßnahmen.
- Stetige Kommunikation an Bürger:innen über Printmedien, Newsletter, Veranstaltungen und Social Media.
- Anknüpfungspunkte für Klimaschutz in konservativ-konservierenden Themen (z. B. Erhalt der Lebenswelt, Wirtschaft im ländlichen Raum) suchen.
- Schrittweises Vorgehen in Veränderungsprozessen.
- Grundsatzbeschlüsse.
- Behutsames Vorgehen der Bürgermeister:in zur Überzeugung von Kommunalpolitik und Bürger:innen.
- Viel direkte Kommunikation.
- Proaktives kommunikatives Vorwegnehmen von Ängsten der Bevölkerung z. B. bzgl. kommunaler Wärmeplanung.
- Viel Öffentlichkeitsarbeit, um medialer Stimmung und Falschnachrichten zu begegnen, z. B. "Heiz-Hammer" und kommunale Wärmeplanung.
- Workshops mit allen beteiligten kommunalen Stakeholdern einer Strategie, z. B. bzgl. Energie und Wärme.
- Proaktive Ansprache der Bürger:innen z. B. bzgl. Wärme und Energie.
- Monetärer Outcome der Klimaschutzmaßnahmen, z. B. PV-Anlagen.
- Naturschutzmaßnahmen mit dem Erleben von Natur verknüpfen.
- Gut funktionierende Strukturen (freiwillige Feuerwehr/Katastrophenschutz) nutzen.
- Positive Alleinstellungsmerkmale nutzen, mit denen sich die Gemeinde/die Bürger:innen identifizieren.
- Gut moderierte Beteiligung (Einwohnendenversammlungen).
- Informationsverbreitung und Veranstaltungen und direkte Einbeziehung von Bürger:innen in Projekte helfen bei Akzeptanz von Maßnahmen.
- Verbindendes finden; schließlich wollen alle eine intakte Natur in ihrer Umgebung.
- Bildung der jüngeren Generation (Naturschutzwerte vermitteln).
- keine Agenda überstülpen, da dies die Menschen abschreckt; "Politik der Psychologie"; das große Ganze im Blick behalten und die Bürger:innen "dahingehend beeinflussen, manipulieren, sensibilisieren"; dafür muss man die Bevölkerung gut kennen; das Richtige bleibt aber immer Ansichtssache.
- Politik/Gemeinderat von Anfang an den Mehrwert der Klimaschutzmaßnahme aufzeigen und einbinden.

- Beteiligung der relevanten Gremien über Arbeitsgruppe Klimaschutz, sodass alle wichtigen Akteur:innen eingebunden werden und alle Vorgänge Transparent sind.
- Ansprache von Emotionalen und Gemeinschaftsaspekten in der Kommunikation erfolgreicher als technische Aspekte.
- Best-Practice und Pionierprojekte, die funktionieren, helfen bei Akzeptanz und Kommunikation.
- Kontinuierliche Information der Bürger:innen z. B. über Zwischenstand von Maßnahmen.
- Einbeziehung von Schulen in Klimaschutzmaßnahmen, z. B. via Workshops.
- Kompromissbereitschaft zwischen verschiedenen Interessensgruppen.
- Zeit für Gespräche mit Menschen.
- Politische Unterstützung der GR
- Viele persönliche Gespräche mit Bürger:innen.
- Informationen durch Energieagentur des Landes.
- Veranstaltung mit Vertreter:innen der Bürger:innen, Ortsbeiräte, Ortsvorsteher:innen, Landwirt:innen, Jagdpächter:innen, verschiedene Parteien, interessierte Bürger:innen zur Erstellung eines Kriterienkatalogs für potentielle Dienstleistende im Bereich (Freiflächen-) PV-Anlagen (hohe Beteiligung).
- Infotag für Windkraft.
- Interkommunales Energieberatungskonzept.
- (Auch monetäre) Zusammenarbeit mit Bürgergenossenschaft.
- Sehr hohe Transparenz im politischen Entscheidungsprozess: Veranstaltungen mit vielen direkten Austauschmöglichkeiten.
- Hohe Akzeptanz.
- Lange Praxis der Bürger:innenbefragungen als großer Erfolgsfaktor für Klimaschutzmaßnahmen.
- Klimaschutz immer Teil der Zusammenarbeit mit kommunalen Institutionen (KiTa).
- Positive Rückmeldungen im Bezug auf Energietransformation.
- Begleitung für und initiative Zusammensetzung eines Kernteams führte zu Motivation (innerhalb des Teams).
- Aktion: Gemeinsame Aufforstung im Wald sehr erfolgreich.
- Breite Kommunikation: Zeitungsberichte, Anzeige auf der Homepage, direktes Anrufen von Bürger:innen.
- Aktion "Saubere Landschaft": Bürger:innen helfen, die Landschaft sauber zu machen. Aufgerufen von Vereinen durch Werbung und Zeitung.
- Großer Gestaltungsspielraum.
- Direkte, persönliche Zusammenarbeit mit Bürgermeister und Verwaltung.
- Information der Bürger:innen über das "Warum" von Maßnahmen.
- Bürgerbeteiligung.
- Direkte Kommunikation und Verständnis der anderen Perspektiven in der Kommune.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Finanzstärke der Kommune.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz *Summary-Tabelle Subkategorie 7: Finanzstärke der Kommune*

- Finanzstarke Kommune.
- Finanzstärke der Kommune ermöglicht schnelle Umsetzung auch ohne Fördermittel.
- Haushaltslage, kann man sich Eigenanteil von Förderungen leisten?
- Ansiedlung eines Industriegebiets schafft Hoffnung auf finanziellen Spielraum.
- Die meisten Projekte über den Haushalt.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Monetärer Outcome/Kosteneffizienz.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 8: Monetärer Outcome/Kosteneffizienz

- Klimaschutz als freiwillige Aufgabe via Kosteneinsparungen argumentieren damit Kommunalaufsicht zustimmt.
- Finanzieller Outcome erhöht bei angespanntem Haushalt deutlich die Akzeptanz der Kommunalpolitik, z. B. Windpark.
- Klimaschutzinvestition trägt sich über die Jahre selbst, d. h. langfristig kostenneutral.
- Ökonomische Argumente für Klimaschutz z. B. örtliche Wirtschaft stärken und monetärer Outcome.
- Finanzielle Bürger:innenbeteiligung.
- Bürgerenergiegenossenschaften.
- Monetärer Outcome für den Ort als starkes Argument.
- Klimaschutz als Möglichkeit zur Kosteneinsparung.
- PV auf kommunalen Liegenschaften, z. B. großen Unterkünften für Geflüchtete.
- Projekte die sich schnell.
- Kosteneinsparung via Klimaschutz z.B. mittels Umstellung der Leuchtmittel in Turnhallen.
- Monetärer Outcome z. B. Windenergie ermöglicht sichtbaren Mehrwert für Bürger:innen in anderen Bereichen, z. B. Vergünstigung des Schulessens. Dies kommunikativ zwecks Akzeptanz für Klimaschutz aufzeigen.
- Mehrwert bei Projekten wichtig für politische Unterstützung.
- Monetäre Rentabilität von Klimaschutz.
- Windenergie bringt Einnahmen für Gemeinde, Klimaschutz ist nicht der Hauptgrund.
- Mitfinanzierung durch Landkreis.
- Günstiger Strom durch PV-Anlagen und Unterstützung/Beteiligung der Bürgergenossenschaft. CO2-Zertifikatspreise noch ausstehend. Konservative interessieren sich für Klimaschutz aus ökonomischen Gründen.
- Private Haushalte als Verpächter für PV-Anlagen auf ihren Dächern als Chance für Gewinne, wenn der Eigentum an den Anlagen zu teuer ist.
- Windparks bringen (sehr) starken finanziellen Ertrag.
- Chance: Ladesäulen und günstigere Strompreise bei Windparks in Zusammenarbeit mit Dienstleistenden.
- Keine KiTa-Beiträge durch Erträge aus Windkraft.
- Windkraft so lukrativ, dass Investition in wenigen Jahren wieder "reingeholt".
- In Projekten sucht man immer Vorteil für Haushalt.
- Private Spenden für Erlebnispfad, sodass kaum Kosten für Haushalt.
- Klimaschutz langfristig monetär sinnvoll durch geringere Kosten nach Abschreibung, z. B. PV-Anlagen.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Erfahrungen mit Fördermitteln.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 9: Erfahrungen mit Fördermitteln

- Schnelle Amortisierung von Projekten (PV).
- Durch erfolgreiches Einwerben von Fördermittel hat Klimaschutzmanagement gutes Standing in Verwaltung.
- Viele Projektumsetzungen durch Fördermittel.
- Bei Bestimmten Förderlinien breite Förderfähigkeit von verschiedenen Projekten und vom Kreis bereitgestellten Informationen über mögliche Projekte, sodass kleine Kommune schnell weiß was Förderfähig ist und nicht lang gesucht werden muss.
- Zufällig passendes Förderprogramm für Investitionsbedarf zur energetischen Sanierung.
- Unterstützung von Verbandsgemeinde bei Beantragung.
- Gute Arbeit bei der Umsetzung des Projekts.
- Mehrere Förderquellen: Bund, Land und Firmen.
- Abo Wind ist Betreiber der Windparks.
- Fördergelder helfen dabei, kommunale Bedürfnisse umzusetzen und diese gleichzeitig klimafreundlich zu machen.
- Fördergelder senken die Investitionsbarrieren für teure Klimaschutzmaßnahmen.
- Energetische Sanierung des Gemeinschaftshauses 2022.
- Fördermittel für Starkregen- und Risikomanagement.
- Begleitung für Arbeitsgruppe Klimaschutz (Start im Klimaschutz für Kommune).
- "Fördermittelfuchs": Viel Erfahrung mit Förderanträgen.
- Mikropolitik.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Erfolgreiche Sektoren/Themen.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 10: Erfolgreiche Sektoren/Themen

- Elektroautos für kommunale Fahrzeuge.
- Mobilität, z.B. Bahnhaltestelle im Ort.
- Bebauungsplanung, z.B. Verdichtung und Sanierung anstatt Neuversiedlung von Flächen.
- Bürgerenergiegenossenschaften.
- Geothermie.
- PV auf kommunalen Liegenschaften.
- Sichtbarkeit und Kommunikation des Klimaschutz.
- Breite kommunale Förderung (aus Haushalt) privater Klimaschutzmaßnahmen mit einzelnen Förderbausteinen (z. B. PV, Austausch Elektrogeräte) und leichter Beantragung via Gemeindehomepage die im Gemeinderat beschlossen wurde.
- Erarbeitung eines Energienutzungskonzeptes zusammen mit Hochschule.
- Gesetzliche Vorgaben erleichtern Klimaschutz z. B. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) des Bundes führt zu Positivplanung.
- Müllsammelaktionen mit Bürger:innen.
- Einfache Förderung der Kommune für Dach-PV und Balkonkraftwerke von Bürger:innen.
- Gegenseitige Unterstützung untersch. Fachbereiche der kommunalen Verwaltung.
- Lösungsorientiertes Arbeiten.
- Festhalten an richtungsgebenden Beschlüssen.
- Nachhaltige und modulare Mobilität für viele Pendler:innen.
- Biodiversitätserhaltung und resiliente Baumbestandserhöhung.
- Windenergie schon seit Jahren, aufgrund der geographischen Bedingungen sehr gut.
- Abgeschwächte Ladnutzung für Biodiversität. Generell trägt ländlicher Raum mehr zu Klimaschutz bei durch ungenutzte Flächen.
- Klimaschutz wirtschaftlich attraktiv gestalten.
- Umstellung der Straßen- und Turnhallenbeleuchtung.
- Windenergieausbau / Repowering und Aufbau von Solaranlagen ist großes Thema.
- Wärmeplanung läuft gut und wird als Best-Practice-Beispiel angeführt.
- Klimaschutz über Bauleitplanung, z. B. Grünlandkartierung zur Feststellung von schützenswerten Biotopen und Ausgleichflächen bei neuem Bauland.
- Wiederaufforstung ist auch durch ehrenamtliche Unterstützung ein erfolgreiches Thema.
- KiGa trotz sehr später Absage der Fördermittel gebaut.
- Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt (stromsparender).
- Gute Zusammenarbeit mit der LEA und Prüfung Wirtschaftlichkeit von Projekten (unbürokratisch und sehr flott).
- Auf allen kommunalen Liegenschaften gibt es PV-Anlagen. Das ermöglicht günstigen Strom für KiTa, Feuerwehrhaus, etc.
- Bürgersolarberater durch Bürgergenossenschaft;
- Bürgermeister war schon früh aktiv: Neubaugebiet mit dezentraler Wärmeplanung.
- Windkraft auch als Empfehlung für weitere Kommunen, u. a. zur Füllung von Haushaltslücken.
- Sieben Windparks, mind. 3-4 noch geplant.
- Möglichkeit für kommunal günstigere Strompreise und lokale Ladesäulen bei Verträgen mit Dienstleistern einfordern.
- Seit 2015 Windpark zusammen mit Bürgergenossenschaft.
- Ausbau der Windenergieanlagen im gesamten Bundesland aktuell sehr produktiv.
- Wald wird nachhaltig und artengerecht aufgeforstet.
- Klimaschutz in allen Bereichen alltäglich geworden.
- Erfolgreiche Nutzung von Fördermittel für energetische Sanierung des Gemeinschaftshauses 2022.
- Liegenschaften an Fernwärkeinrichtung angeschlossen.
- Energie zugängliches Thema durch LEA
- Viele Zisternen wurden erneuert.
- Produktiver und effizienter Bauhof.
- Erlebnispfad.
- PV auf kommunalen Liegenschaften.
- Kommunale Naturschutz- und Erholungsgebiete, z. B. via Zusammenarbeit mit NABU
- Kostenlose Bürgersolarberatung von und für Bürger:innen.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Einzelpersonen.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 11: Einzelpersonen

- Fachliche Passung und intrinsische Motivation Klimaschutz Personal.
- Person mit Klimaschutzverantwortung und Motivation in der Kommune.
- Motivation kommunale Mitarbeiter:innen.
- Motivation und Erfahrungswissen Klimaschutzpersonal.
- Eigeninitiative und Vernetzung Klimaschutzpersonal.
- Einzelpersonen treiben bestimmte Einzelthemen voran (Baumbestand).
- Austausch mit Einzelpersonen die Expert:innen sind hilfreich.
- Persönliches Engagement und Interesse von Entscheidungsbefugten ist zentral.
- Genügend kommunales Personal.
- Persönliche Anspruchshaltung der verantwortlichen Einzelpersonen.
- Engagierter Bürgermeister großer Erfolgsfaktor.
- Engagierte Gruppe in der Gemeindevertretung.
- Generell Engagierte Leute, die von negativen Auswirkungen der Klimakrise angetrieben, sich das Thema auf die Fahne geschrieben haben und voranbringen.
- Bürgermeister:in, der/die den Klimaschutz vorantreibt.
- Personen, die dafür brennen und das "durchziehen".
- sich nicht im Großen verlieren, sondern jede kleine Maßnahme, die umsetzbar ist, ausnutzen. Welchen Beitrag kann jede*r mit bestehenden Ressourcen leisten? Anstelle sich zwischen den Lagern aufreiben zu lassen.
- Einzelpersonen in der Verwaltung anfragen oder ehrenamtliche Bürgermeister:innen oder andere Proaktive Angestellte sorgen dafür, dass Projekte angestoßen werden, Verwaltung unterstützt wird und ehrenamtliche Gruppen zur Unterstützung gebildet werden.
- Persönliche Motivation Klimaschutzpersonal.
- Ehrenamtliche Unterstützung bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.
- Persönliche Motivation von Führungspersonen der Verwaltung, z. B. Bauamtsleitung.
- Motivation Klimaschutzpersonal.
- Unterstützung durch LEA
- Sehr engagierter/motivierter Bürgermeister.
- Bürgermeister war schon früh aktiv: Neubaugebiet mit dezentraler Wärmeplanung.
- Bauamtsleiter (Grüne/B'90) auch ein persönliches Interesse an Klimaschutz.
- Die Bürgermeisterin (Interviewperson) aus Eigeninitiative Verantwortliche mobilisiert und erfolgreich mit Wärmeplanung begonnen.
- LEA als große Unterstützung.
- Besonders engagierter ehemaliger Mitarbeiter, der Arbeitsgruppe zusammenbrachte und mit Expertise half.
- Gute Zusammenarbeit mit Försterin und ehem. Förster.
- Fachwissen kommunaler Mitarbeiterinnen, z. B. Bauamt.
- Eigenmotivation/Klimaschutz als "Herzensthema".

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz: Sonstige Erfolgsfaktoren.

Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz

Summary-Tabelle Subkategorie 12: Sonstige Erfolgsfaktoren

- L4 d. h. gemeindeangehörige Personen mit Nutzungsrecht.
- Klimaschutz Personal mit Fachkompetenz und Berufserfahrung ermögl. Projekte schneller und ohne Externe umzusetzen.
- Klimaschutz als kommunale Querschnittsaufgabe verankern.
- Neue Pflichtaufgaben, z. B. kommunale Wärmeplanung führen zur Verpflichtung für Klimaschutz.
- Grundsatzbeschlüsse über pol. Gruppierungen hinweg.
- Konzepterstellung mit konkreten Maßnahmen.
- Zusammenarbeit mit externen, neutralen Institutionen.
- Unterstützung durch Energieagentur des Landkreises als koordinierende und beratende Instanz.
- Langfristiges Denken z. B. via Satzungen, Rahmengesetz, Vergabeverfahren.
- Zusammenarbeit mit Hochschulen.
- PV auf kommunalen Liegenschaften via finanzieller Bürger:innenbeteiligung (GbR und Energiegenossenschaft) via Dachpachtvertrag (Nachfrage > Angebot).
- Finanzierung anders Denken.
- Kommune mit hohen Wahlergebnissen für Grüne & SPD.
- Selbstvertrauen "einfach zu machen".
- Starker Zusammenhalt zw. Politik, Verwaltung und Bürger:innen in der Kommune.
- Klimaschutz als Stabsstelle.
- Wöchentliche Absprache mit der Bürgermeister:in.
- Strukturiertes Vorgehen mit Priorisierungen, z. B. PV-Bewertungskatalog.
- Sichtbare Erfolge machen Klimaschutz konkret und erleichtern die nächsten Maßnahmen, z. B. PV-Anlagen.
- Strukturiertes Vorgehen.
- Klimaschutzpersonal mit Fachwissen kommt von außen mit neuen Impulsen, d. h. nicht in der Verwaltung ausgebildet.
- Förderung von Dach-PV und Balkonkraftwerken für Bürger:innen.
- Es steht und fällt mit dem Commitment; dafür braucht es auch entsprechende Anreize.
- Offenes Ohr des Landkreises ist hilfreich, aber nicht immer notwendig.
- Verbindlichkeit auf höheren politischen Ebenen (SDGs/Agenda 2030).
- Kurze Wege in kleinen Kommunen für Absprachen als Erfolgsfaktor.
- Rathausinterne Strukturen (gute Zusammenarbeit) und unterstützende Fachbereichsleitende, die Freiraum lassen.
- Erkennbarer Wille ist entscheidend; hohe Ambitionen helfen dabei, überhaupt etwas in die Wege zu leiten, das schafft gute Grundlage für neue Klimaschutzmanager:innen.
- Personal, das vor Ort ist, ist wichtig.
- Leute müssen überzeugt werden, dass Klimaschutz auch wirtschaftlich von Vorteil ist.
- Ambitionierte Mitarbeitende, die nicht abwarten, sondern Dinge in die Hand nehmen, verschafft auch mehr Sicherheit für Zukunft.
- Eigene Anspruchshaltung und Priorisierung entscheidend; der Wille zur Umsetzung ist klarer Erfolgsfaktor, zusätzlich die Menschen überzeugen, die es umsetzen sollen.
- Weitere positive Effekte von Klimaschutz für die Bevölkerung sichtbar machen, z. B. Lebensqualität, Kosteneinsparung ermöglicht andere Investitionen.
- Klimaschutz bei laufenden Projekten mitplanen ohne diese als separate Klimaschutzmaßnahmen zu framen, z.B. PV
- Bürger:innen Gruppen, die sich ehrenamtlich zusammenschließen und über Projektlaufzeit hinaus Projekte weiterbetreiben sind wichtig für Verstärkung.
- Energieagenturen die von außen bei Projekten unterstützen.
- Zusammenarbeit mit der Transferstelle "Bing".
- Fachlicher Hintergrund Klimaschutzpersonal außerhalb der Verwaltung.
- Klimaanpassungskonzept wurde über den Kreis auf die einzelnen Kommunen angepasst.
- Finden konstruktiver Lösungen für Einschränkungen der umgebenden Fauna bei Windkraftanlagen.
- Technologischer Fortschritt: Effiziente PV-Anlagen zur Beheizung von Häusern.
- Effiziente Zusammenarbeit mit dem Land durch die Hessenagentur.
- "Neue Konstellationen" ermöglichen Veränderungen, z.B. neue Mitarbeiter:innen/Wahlen.
- Fachliche Expertise in der Kommunalverwaltung.
- Strukturiertes Vorgehen.